

1893

Hierzu schreibt man der „Voss. Ztg.“:

Aber auch im Bundesrathe ist Herr v. Stephan nicht durchweg „populär“. Wie wir erfahren, gab, als das Gesetz vom 20. Dezember 1875 im Bundesrathe zur Berathung stand, die Frage der Uneigentlichkeit der Eisenbahnen für den Postdienst zu sehr eingehenden Erörterungen Anlaß. Die Auffassung der Bundesregierungen, die diese Frage verneinte, wurde durch den habsburgischen Bevollmächtigten v. Türrheim eingehend dargelegt, und nur dem Einflusse des damaligen Reichsfinanzlers war es zu danken, daß schließ-

lich der Antrag, die Vorlage nach dem Grundsatz der Entgeltlichkeit umzuwandeln, abgelehnt wurde.

— Unter der Spitzmarke „Die Konservativen und der Postassistenten-Verband“ schreibt das Stöckerische „Volk“ heute, Abg. v. d. Schulenburg habe, als er neulich im Reichstage dem Staatssekretär v. Stephan die Zustimmung zu dessen Verhalten gegenüber dem Assistentenverbande aussprach, dies nicht im Namen der konservativen Fraktion gethan. Die Sache liege vielmehr so, daß lediglich der Vorsitzende der Fraktion Herr v. d. Schulenburg damit beauftragte. Die Fraktion habe die Frage gar nicht berathen, noch weniger dazu irgendwie Stellung genommen. Das Mißverständnis sei offenbar dadurch entstanden, daß Abg. v. d. Schulenburg unnothiger Weise erklärte, Stöcker habe für seine eigene Person gesprochen. Was wird Herr v. Mantouff, der Vorsitzende der Fraktion, zu dieser Beschuldigung des Stöckerischen Organs, daß er seine Befugnis überschritten habe, sagen?

— Der Geheime Regierungsrath Günther aus der Reichskanzlei hat sich gestern, wie die „V. Pol. Nachr.“ mittheilen, in besonderem Auftrage nach Dessau begeben. Man geht wohl in der Annahme nicht fehl, daß die Erklärungen des anhaltischen Ministers v. Roseritz im Landtage des Herzogthums über die Handelspolitik des Reiches den Anlaß zu dieser Mission gegeben haben.

— Die Arbeiten der Kommission für die Fertigstellung eines Gesetzentwurfs betr. die Regelung des Wasserrechts schreiten rüstig vorwärts, doch ist wegen der Schwierigkeit des Gegenstandes vorläufig noch nicht abzusehen, wann dieselben zu Ende geführt werden können. Es besteht die Absicht, der Interessengruppe den Entwurf zur Begutachtung zu unterbreiten.

— Der Zentralverein für Hebung der deutschen Fluß- und Kanalschiffahrt trat gestern im Reichstagsgebäude unter Vorsitz des Prof. Schlichting zu einer Sitzung zusammen. Den geschäftlichen Mittheilungen ist zu entnehmen, daß in der Provinz Posen die Begründung eines Zweigvereins geplant ist.

— In einer am 5. März in Hannover stattgefundenen Versammlung des Provinzial-Wahlkomitees der nationalliberalen Partei der Provinz Hannover sind Beschlüsse gefaßt worden, denen wir Folgendes entnehmen:

Bezüglich der unverkennbar vorhandenen Auswüchse auf dem Gebiete des Geschäftslebens ist zu verlangen, daß gesetzliche Maßregeln ergriffen werden, und zwar insbesondere zur Einschränkung des Hausirhandels, des Gewerbebetriebes der Detailreisenden, der Abzahlungsgeschäfte und zur Befestigung jeder Bevorzugung der Konsumvereine. In Bezug auf den Antisemitismus sprechen die Nationalliberalen Hannovers die Erwartung aus, daß die Israeliten selbst durch öffentliches Auftreten gegen Auswüchse in ihren eigenen Reihen, wofür bereits die Anzeichen vorliegen, zur Herstellung des sozialen Friedens beitragen. Namentlich ist zu fordern, daß aus diesen Kreisen selbst die bessere Hand an diejenigen in jüdischen Händen befindlichen Pöbelorgane gelegt werde, welche durch ihr vielfach die Gefühle ihrer Mitbürger verletzendes Verhalten die antisemitische Bewegung groß gezogen haben. Insofern Wucher, Güterausplünderung, unredliches Geschäftsgehehen und andere soziale Schäden, die nicht minder der antisemitischen Bewegung den Nährboden gaben, mit gesetzlichen Mitteln beseitigt oder gemildert werden können, hält das Provinzial-Wahlkomitee ein Vorgehen der Regierung und der gesetzgebenden Körperschaften für erforderlich.

Wir wüßten nicht, bemerkt hierzu sehr richtig die „Bresl. Ztg.“, was die Konservativen bis zu Stöcker und Hammerstein abhalten könnte, dieses nationalliberale Programm zu unterschreiben.

— An den „Bund der Landwirthe“ ist schon wieder eine neue Abgabe gelangt. Die Oberleitung der landwirthschaftlichen Vereine im Königreich Sachsen hat an diese Vereine die Bitte gerichtet, die Bestrebungen des „Bundes der Landwirthe“ von Vereins wegen nicht zu unterstützen. Begründet wird diese Bitte damit, daß die eigentlichen landwirthschaftlichen Ziele dieses Bundes von den sächsischen Landwirthen nicht auf dem Umwege über Berlin erstrebt zu werden brauchen, da der sächsische Landeslandrath die beste Vertretung für landwirthschaftliche Wünsche biete und die sächsische Regierung den von dieser Seite kommenden Anregungen stets wohlwollend Gehör schenke. Die politischen Ziele des Bundes der Landwirthe aber in den landwirthschaftlichen Vereinen zu verfolgen, verbiete sich darum, weil gerade der Ausschluß politischer Bestrebungen den sächsischen Vereinen eine werthvolle Ausnahmestellung außerhalb des Vereinsgesetzes gewähre. Im Gegensatz hierzu hat sich in Hannover unter Führung des nationalliberalen (!) Landtagsabgeordneten Schoof, dem Fürst Bismarck bekanntlich sein Reichstagsmandat verdankt, eine Anzahl von Agrariern zusammengethan, um dem Bund der Landwirthe beizutreten.

— Die „Protestantenverein-Korr.“ schreibt: „Dem Vernehmen nach hat der Generalsuperintendent in Kiel an liberale Geistliche seiner Provinz die Zumuthung gestellt, ihre Mitarbeit an einem kirchlich-liberalen Blatte, das von einem Laien herausgegeben wird, einzustellen. Hoffentlich erfährt man bald Genaueres über diesen amtlichen Eingriff in die private Angelegenheiten der Geistlichen.“

Aus Baden. 8. März. Wird der „Frankf. Ztg.“ geschrieben: Wie es mit dem von offizieller Seite erfundenen berühmten „Umschwung“ der Stimmung gegenüber der Militärvorlage auch hier bestellt ist, beweist der Verlauf einer Versammlung, die auf Veranlassung des demokratisch-freikirchlichen Volksvereins Baden heute Nachmittag in Heidesheim stattfand. Landtags-Abgeordneter Heimbürger sprach darin über die politische Lage mit besonderer Berücksichtigung der Militärvorlage. Heidesheim ist eine fast ausschließlich Ackerbau treibende Landgemeinde von etwa 2500 Seelen; es besitzt einen ziemlich starken Kriegerverein, es fehlt also hier wie in allen unseren Völkern gewiß nicht an sogenannten „Kriegserhaltenden“ Elementen. Trotzdem war die Versammlung nicht nur außerordentlich zahlreich besucht, die treffenden Ausführungen Heimbürgers fanden auch eine verständnißvolle, stellenweise geradezu begeisterte Aufnahme, während in einer vor 14 Tagen in demselben Ort abgehaltenen nation-

nal-liberalen Versammlung die Stimmung eine sehr klare war. In der heutigen Versammlung wurde einstimmig eine Resolution angenommen, die sich mit der Haltung der demokratischen und freikirchlichen Abgeordneten im Reichstag gegen die Militär-Vorlage und im badischen Landtage für die Abschaffung des indirekten Gemeinde- und Landtagswahlrechts einverstanden erklärte. Eine Anregung zur Gründung eines Volksvereins in Heidesheim fand sehr günstige Aufnahme. Als charakteristisch für die Gewalt, mit der sich angeblich der Eingangs erwähnte Umschwung vollzieht, sei schließlich noch erwähnt, daß eine ebenfalls auf heute Nachmittag anberaumte Versammlung des Kriegervereins — abgesagt werden mußte. — Nachdem im Herbst vergangenen Jahres 99 liberale protestantische Geistliche des badischen Unterlandes in einer gemeinsamen Erklärung gegen die Angriffe der auch bei uns ihr Haupt erhebenden Orthodoxie entchiedenen Protest eingelegt hatten, haben sich ihnen nunmehr auch die liberalen Geistlichen des Oberlandes in einer besonderen Kundgebung angeschlossen. Ihre Erklärung, die in diesen Tagen veröffentlicht wird, trägt im Ganzen 65 Unterschriften, jedoch insgesammt nummehr die Hälfte der protestantischen Theologen unseres Landes für das Recht der freien Richtung ausdrücklich eingetretten sind. Demgegenüber bilden die tatsächlichen Anhänger einer kirchlich-politischen Orthodoxie à la „Kreuzzeitung“, wie sie bei uns in der „Bad. Landpost“ vertreten sind, nur einen kleinen, allerdings sehr lauten Bruchtheil der übrigen Hälfte der badischen Geistlichkeit, während eine ganze Anzahl den beliebten Mittelweg zwischen Rechts und Links einschlägt.

München. 8. März. Die oberbayerische Handelskammer beschloß einstimmig, den Reichskanzler zu ersuchen, an der bisher eingehaltenen Handelspolitik festzuhalten und einen Handelsvertrag mit Rußland abzuschließen.

Parlamentarische Nachrichten.

— Die X. Kommission des Reichstages hat ihren Bericht über den Gesetzentwurf, betreffend Ergänzung der Bestimmungen über den Wucher, erstattet. Die Vorlage der Regierung ist im wesentlichen unverändert angenommen. Nur der Artikel 4 hat folgende neue Gestalt erhalten: „Wer gewerbmäßig Geld- oder Kreditgeschäfte betreibt, hat für jeden, mit welchem er daraus in Geschäftsverbindung steht, nach Schluß des Kalenderjahres die Rechnung abzuschließen und das Ergebnis dem Schuldner binnen drei Monaten schriftlich mitzutheilen, sofern nicht vorher schon eine schriftliche Abrechnung stattgefunden hat. Ein Schuldnerkenntnis oder eine Schuldverwandlung ersetzt nicht eine solche schriftliche Abrechnung. Wer sich dieser Verpflichtung vorläufig entzieht, wird mit Geldstrafe bis zu fünfshundert Mark oder mit Haft bestraft und verliert den Anspruch auf die Zinsen für das verfloßene Jahr hinsichtlich der Geschäfte, welche in dem Rechnungsschluß nicht enthalten sind. Die vorstehenden Bestimmungen finden keine Anwendung: 1) auf öffentliche Banken, Notenbanken, Bodenkreditinstitute, und Hypothekenbanken auf Aktien, 2) auf Kaufleute im Geschäftsverkehr mit Kaufleuten, deren Firma in das Handelsregister eingetragen ist.“

— In der Reichstagskommission für die „lex Heinze“ erbielt in der Sitzung vom Donnerstag der neu beantragte § 16a des Strafgesetzbuchs in zweiter Lesung folgende, von den Beisitzern der ersten Berathung mehrfach abweichende Fassung: „Bei der Verurtheilung zur Zuchthaus- oder Gefängnißstrafe wegen Verbrechen und Vergehen wider die Sittlichkeit, wider das Leben oder wider die persönliche Freiheit, wegen Körperverletzung, Raubes, Erpressung oder Sachbeschädigung, oder wegen gemeingefährlicher Verbrechen und Vergehen kann, wenn die That von besonderer Rohheit, Bosheit oder ehrloser Gefinnung des Thäters zeugt, auf Verschärfung der Strafe bis auf die Dauer der ersten sechs Wochen erkannt werden. (In erster Lesung: „auf die ganze Dauer oder einen Theil derselben.“) Die Verschärfung der Strafe besteht darin, daß der Verurtheilte eine harte Lagerstätte und als Nahrung Wasser und Brot erhält. Die Verschärfungen können einzeln oder vereinigt angeordnet werden und können drei Mal in zwei Wochen in Anwendung kommen. (In erster Lesung: zweimal in der Woche.) Auch kann auf eine mildere Vollstreckungsweise erkannt werden. Die Strafverschärfungen sind auszusetzen, wenn und so lange der körperliche Zustand des Verurtheilten den Vollzug nicht zuläßt.“ — Ein in erster Lesung beschlossener Zusatz, nach welchem wegen guter Führung des Verurtheilten theilweise oder gänzliche Aufhebung der Strafverschärfungen eintreten könnte, wurde heute abgelehnt.

— Die Unterrichtskommission des Abgeordnetenhauses beschäftigte sich am Mittwoch mit einer Petition aus Weiskensfeld um Befreiung eines Disfidentenkindes vom Religionsunterricht. Dabei wurde allseitig das Bedenkliche des neuerlich geübten Religionszwangs gegen Disfidentenkindern zugegeben, und es als wünschenswerth bezeichnet, eine Vermittlung zwischen voller Gewissensfreiheit und dem Grundsatz, daß möglichst jedes Kind Religionsunterricht erhalten solle, anzustreben. Die Kommission beschloß, die Petition dem Minister als Material zu überweisen.

— Die freisinnigen Abg. Goldschmidt und Langerhans beantragen, entgegen dem Kommissionsantrag, die Petition, betr. die Erlaubnis der Feuerbestattung, der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen.

Frankreich.

* **Paris.** 7. März. Der Streit der französischen Getränkesteuerreform spitzt sich zu. Ribot und der Finanzminister Tirard stellten am Montag vergeblich dem Finanzausschuß des Senats vor, daß es behufs schneller Vollendung des Budgets für 1893 und Aufrechterhaltung des parlamentarischen Friedens notwendig wäre, diese Reform in dem von der Kammer angenommenen Haushaltsgesetz aufrecht zu halten. Der Senats-Berichterstatter Boulanger antwortete, auf einen Streit mit der Kammer sei es nicht abgesehen, aber die Abtrennung der Getränkesteuer-Reform von dem diesjährigen Budget erscheine schon deswegen als nothwendig, weil diese angeblich schlecht geprüfte Reform vorausichtlich ein Defizit von 80 Millionen zur Folge haben werde. Man möge daher die Entscheidung über diese Frage für das Budget von 1894 vorbehalten. Der Senatsausschuß trat dieser Auffassung einstimmig bei. In der öffentlichen Sitzung der oberen Kammer verurtheilte sogar Bernard, den Senat sogleich im Plenum zu einer Zurückweisung jener Reform zu bestimmen, und der Finanzminister Tirard erwirkte nur mit Mühe, daß man sich 24 Stunden Bedenkzeit gebe.

Spanien.

* **Madrid.** 6. März. Das Wahlergebnis hat manche Ueberraschungen gebracht. So ist sogar in Madrid die ganze republikanische Liste durchgegangen, und fast in allen großen Städten, in Barcelona, in Valencia, Sevilla, in Oviiedo und Saragossa hat die antimonarchische Partei mehrere ihrer Kandidaten durchgebracht. Bis jetzt sind einige fünfzehn reine Republikaner gewählt, ohne zwanzig bis fünfundsiebzig Anhänger Castellers zu zählen, deren Republikanismus verhältnismäßig gemäßigt und sehr platonisch ist. Dieses ist selbstverständlich

eine nichts weniger als imposante Zahl in einer Kammer, welche 432 Mitglieder hat, aber von Bedeutung ist die Tendenz, welche diese Resultate manifestiren, um so mehr, als dieselben trotz der systematischen Enthaltung großer Gruppen der Wahlkörper erreicht wurden. Die in Spanien sehr zahlreichen Anarchisten und Sozialisten haben sich fast überall der Wahl enthalten, so daß die abgegebenen antidynastischen Stimmen zum großen Theil nur aus den bürgerlichen Klassen der großen Städte kommen können, was allerdings ein ganz neues Symptom ist. Die Koalition der republikanischen Gruppen hatte übrigens ihre Propaganda und die Vorbereitungen zur Wahl mit viel Umsicht und Energie betrieben, aber ohne großes Geräusch, um die Aufmerksamkeit der Monarchisten nicht zu wecken. Sehr viel verhalf den Republikanern zu ihrem Erfolg auch die Autorität und das Prestige ihrer Kandidaten. Ihre ersten Kandidaten sind bewährte Leute: Ezquerdo ist ein berühmter Irrenarzt; Benot ist ein bedeutendes Mitglied der Akademie; Salmeron, Borrilla, Pi y Suñer und Pedregall sind seit langer Zeit hochangesehene Persönlichkeiten in der spanischen Politik. Die Wahlenthaltungen betragen in Madrid 60 Proz., in der Provinz je nach der Dichtigkeit 40—70 Proz. In der Provinz haben die Republikaner Terrain verloren, obwohl sie eine höhere Gesamtstimmenzahl erreichten als bei den letzten großen Wahlen im Jahre 1890. Sie haben zwei Sitze in Saragossa erobert, wo außerdem ein ministerieller und ein konservativer Kandidat gewählt worden sind. In Barcelona wurden zwei Republikaner und drei Ministerielle gewählt, in Sevilla wurden außer Castellar zwei ministerielle und ein konservativer Kandidat wiedergewählt.

Belgien.

* **Brüssel.** 8. März. Der König empfing heute Grimard, den Vorsitzenden des Komitees für das Volksreferendum, und nahm von demselben die auf das Referendum bezüglichen Schriftstücke entgegen. Im Laufe der sich daran anschließenden Unterredung äußerte der König, dem Wesen nach sei er ein entschiedener Anhänger freier Willkür (Prinzipien). Der König erinnerte sodann daran, daß er selber die persönliche Wehrpflicht und das königliche Referendum verlangt, aber meide das eine noch das andere erlangt habe. Und das sei natürlich, weil die Gesetze nicht im königlichen Palais gemacht, sondern durch die Nation beschlossen würden. Als man die persönliche Wehrpflicht und das königliche Referendum beantragt habe, sei zu deren Beschließung keine Majorität in der Kammer vorhanden gewesen. Heute bedürfe es zur Lösung dieser Fragen nach den Bestimmungen der Verfassung einer zwei Drittel-Majorität. Er könne nur zur Geduld mahnen.

Großbritannien und Irland.

* **London.** 7. März. Von den kommenden Wirren in Ulster glebt eine Szene im Unterhaus zwischen den Orangisten Obersten Saunderson und dem Barnetliten Redmond einen Vorgeschmack. Saunderson hatte auf die Sympathie der Nationalpartei mit Mord und Verbrechen angespielt. Redmond drohte ihm, er würde das nicht außerhalb des Hauses zu wiederholen wagen. „Wo immer Sie auch wollen!“ antwortete Saunderson; und tatsächlich standen die beiden sich nach der Sitzung im Foyer wuthentbrannt gegenüber, um sie herum Lords und Gemeine; und nur mit Mühe ward die Anwendung des Faustrechts verhindert. Aber — „Wir werden uns am Boynefluß treffen!“ bemerkte O'Reilly, der Redmond zur Seite stand; dort schlug der Drangir Wilhelm zur Zeit die Katholiken aufs Haupt; Rache dafür ist der Grundton in den geheimen Gefinnungen der Nationalpartei. Zum Glück ist der Zweikampf hier abgeschafft. Sonst wäre es längst zu Herausforderungen gekommen, die schwerlich so unblutig abließen wie die parlamentarischen und journalistischen Duellen in Frankreich. Was augenblicklich in Ulster an Drohungen geleistet wird, ist keineswegs leere Fiktion. Die Krawalle von Belfast sind bekannt; Blut fließt dabei wie Wasser. Gestern, bei einer Einspruchsversammlung in Londonberry gegen den Home-Rule-Entwurf, warfen Geistliche wie Laten mit dem bewaffneten Widerstande nur so um sich; das nächste Mal, wenn sie sich wieder versammelten, werde jeder seine Flinte über den Sattelrücken tragen. Lord Salisbury wird zu Ostern nach Irland reisen und Ulster bearbeiten; der eigentliche Kampf der Orangisten aber ist Lord Churchill; fast täglich mahnt er, das britische Reich, das ausschließlich das Werk der Engländer sei, nicht von einer Horde von schottischen, walisischen und irischen Radikalen im Verein mit amtsgeringen Ministern zerstören zu lassen.

* **London.** 9. März. Der „Standard“ schreibt, ein Beweis für die vortrefflichen Beziehungen zwischen der Pforte und Bulgarien sei in der Thatache zu erblicken, daß der jüngst von den in Serbien lebenden bulgarischen Flüchtlingen gegen das Leben des Prinzen Ferdinand geplante Anschlag, welcher durch montenegrinische Emigranten ausgeführt werden sollte, durch die Wachsamkeit des türkischen Gefandten in Belgrad vereitelt worden sei. Die Pforte habe den bulgarischen Agenten in Konstantinopel von dem geplanten Anschlag in Kenntniß gesetzt.

Griechenland.

* Ueber angeblich türkische Gewaltthatigkeiten auf der Insel Smyi wird aus Athen geschrieben: Am 24. Februar traf hier aus Syra eine Nachricht ein, die in ganz Griechenland große Aufregung hervorrief. Türkische Soldaten, so hieß es, hätten auf Smyi, einer zu den östlichen Sporaden gehörenden Insel an der Südwestküste Kleasiens, in schrecklicher Weise gewüthet. Der Handel stode, das Bergesheimi werde nicht mehr gewahrt, indem alle einlaufenden Briefe erbrochen würden, die Marktplätze lägen verlassen — die Verfrachtung einer großen Quantität Bodenschwamm — die Schwammwischerei ist in den Gewässern von Smyi sehr ergiebig — sei untersagt worden, die Bürger würden mißhandelt, Frauen und Kinder wagten nicht mehr, sich an den Fenstern zu zeigen etc. Schließlich wurde noch gemeldet, daß die Notabeln der Insel vor ein Kriegsgericht gestellt und in die Gefängnisse von Rhodus geschickt worden seien. Und dieses ganze Strafgericht sollte über die kleine Insel niedergegangen sein, nur weil ein Muselman seinen Uebertritt zum Christenthum erklärt habe. Heute (am 27. Februar) trafen nun endlich nähere Meldungen aus Rhodus hier ein. Die Flamme des Aufruhrs auf Smyi wurde tatsächlich in Folge der Befehre eines Mohammedaners entzündet. Die Türken begannen ihre Gewaltthaten damit, daß sie den Christ gewordenen Muselman festnahmen und nach Smyrna schickten, wo er das Versprechen abgab, wieder in den Schoß der islamitischen Religion zurückzukehren. In Freiheit gesetzt, beehrte er sich, in einem auf Smyi befindlichen Kloster Zuflucht zu suchen. Die entrüsteten Türken ließen den Widerstandigen nun von neuem ergreifen und brachten ihn auf einen Dampfer, der nach Smyrna abgehen sollte. In Folge dessen ließen sich einige Christen hinreißen, an Bord des Dampfers zu steigen, um den Gefangenen zu entführen. Das war die eigentliche Ursache des Krawalls. Es wurden 250 Soldaten und ein Kriegsschiff abgeschickt, um die Smyisten zur Ordnung zu bringen. Zuerst wurden 25 Vornehme der Insel in Haft genommen, unter ihnen die Bürgermeister, die man in den Gefängnissen von Rhodus unterbrachte. Darauf schlugen die Soldaten in dem Stadthause des Hauptortes

eine Art von Feldlager auf, zertrümmerten die Thore der Kirche des heiligen Konstantin, zerklüfteten die Wälder und profanirten das Kirchenschiff. Der Ischan (Abt) des Tagiar-chlosters, in dem der Neophyt Schutz gesucht und gefunden hatte, wurde gleichfalls verhaftet und unter Eskorte nach Rhodus gebracht. Die türkischen Truppen sollen auch in die Häuser und Läden eingedrungen sein, um zu plündern. Schließlich wurde noch das Kriegsgefeß proklamiert und alle amtlichen Befugnisse, die bis jetzt von den christlichen Lokalbehörden ausgeübt wurden, wurden den türkischen Militärbehörden übertragen.

China.

* Hung-chün, Mitglied des Tzungli-Yamen und früherer Vertreter Chinas in Rußland, wurde von den Senatoren bei dem Kaiser beschuldigt, chinesische Territorialrechte über gewisse Theile des Amurgebietes abgetreten zu haben. Diese Anklage, resp. die Beschuldigung der Verrätherie und des Hochverraths involvire die Todesstrafe. Der Anklage sei bis jetzt keine Folge gegeben worden, da der Minister ein Schlichting der vermittelten Kaiserin sei, welche auf die Regierung einen mächtigen Einfluß ausübe.

28. Posenischer Provinzial-Landtag.

Posen, 9. März.

In der heutigen 8. Plenarsitzung wurde über die Stellung der Provinzialverwaltung, betreffend den Bau von Kleinbahnen, beraten. Der Provinzialausschuß hatte der Versammlung vorgelegt: „1. Der Beschluß des Provinzial-Landtages vom 7. Mai 1878, betreffend die Benutzung der Provinzial-Chauffeen zur Anlage von Eisenbahnen niedriger Ordnung wird aufgehoben. 2. Der Provinzial-Ausschuß wird ermächtigt, soweit technische Bedenken es nicht verbieten, den Bau und Betrieb von Bahnen niedriger Ordnung (Kleinbahnen) im Sinne des § 6 des Gesetzes vom 28. Juli 1892 auf den Provinzial-Chauffeen zu gestatten und die hieran zu knüpfenden näheren Bedingungen event. nach Vereinbarung mit den zuständigen Verwaltungs-, Polizei- und Eisenbahnbehörden, festzustellen; insbesondere soll der Provinzial-Ausschuß noch befugt sein, von den Bau- und Betriebsunternehmern für die Benutzung des Weges ein angemessenes Entgelt, sowie entsprechende Sicherheitsleistung für die Unterhaltung und event. Wiederherstellung des benutzten Wegetheiles zu fordern und der Provinz den Erwerb der Bahn im Ganzen nach Ablauf einer bestimmten Frist gegen angemessene Schadloshaltung vorzubehalten. 3. Der Provinzial-Ausschuß wird ermächtigt, aus solchen Mitteln, welche durch Ersparnis am Chauffee- und Wegebau flüssig gemacht werden, den Bau von Bahnen niedriger Ordnung (Kleinbahnen) auch finanziell zu unterstützen, sei es in Form von Bauprämien oder von Betriebszuschüssen; in beiden Fällen wird jedoch die Rückgewähr der Beihilfen unter der Voraussetzung ausreichender Rentabilität des Unternehmens in der Regel vorzubehalten sein. 4. Die Gewährung von Beihilfen wird an die Bedingung zu knüpfen sein, daß der Provinzialverwaltung eine Mitwirkung bei Feststellung der Linie, bei dem Bau und Betrieb derselben, sowie bei Normierung der Tarife eingeräumt wird. 5. Von dem eigenen Bau und Betriebe von Schmalspurbahnen scheidet der Provinzial-Landtag bis auf Weiteres ab. 6. Dem nächsten Provinzial-Landtag ist über die Entwicklung der Kleinbahnen in der Provinz und deren event. Unterstüzung aus Mitteln derselben Bericht zu erstatten und ist, wenn es die bis dahin gesammelten Erfahrungen zulassen, auch der Entwurf eines Regulativs für die Benutzung der Provinzial-Chauffeen zum Bahnbetriebe, sowie über die Grundzüge für die Unterstüzung von Eisenbahnunternehmungen niedriger Ordnung aus Provinzialmitteln vorzulegen.“

Der 2. Ausschuß, welcher diese wichtige von dem Herrn Landes-hauptmann ausgearbeitete Vorlage zur Vorberatung überwiesen war, hatte sich im Wesentlichen auf den Boden des Vorschlages des Provinzial-Ausschusses gestellt und schlug der Versammlung durch seinen Referenten vor, daß es in keinem Falle Sache der Provinz sein dürfe, auf eigene Rechnung Kleinbahnen zu bauen oder von Seiten der Provinz fördern oder anregend vorzugehen. Der Ausschuß glaubte, daß ein zu ängstliches Zuhalten und übertriebene Vorsicht verfehlt sei und erkannte an, daß eine Unterstüzung des Kleinbahnbaues mit Mitteln der Provinz da eintreten müsse, wo der Bau von Kleinbahnen ein dringendes Bedürfnis zur Herbeiführung einer Verkehrserleichterung, namentlich in denjenigen Gegenden sei, welche über chauffierte Straßen wenig oder gar nicht verfügen und für welche die Provinz in dieser Beziehung verhältnismäßig wenig gethan habe. Der Vorschlag des Provinzial-Ausschusses, zur Betriebung dieses etwa hervortretenden Bedürfnisses, die aus Ersparnissen bei den Fonds für Chauffeeunterhaltung, Chauffee-Neubau-Prämien und Wegebaubeihilfen flüssig werdenden Mittel zur Unterstüzung des Baues von Kleinbahnen zu verwenden, erschien jedoch dem 2. Ausschusse nicht weitgehend genug, weil sich bei der Chauffeeunterhaltung Ersparnisse nur in geringen Beträgen ergeben werden und über die Fonds zu Chauffee-neubau-Prämien und Wegebau-Beihilfen bereits bis Schluß des Jahres 1894 durch gegebene Zusicherungen verfügt sei. Demgemäß wurde der Versammlung vorgeschlagen, einen Beschluß zu fassen, wonach dem Provinzial-Ausschuß außer den vorgenannten Mitteln aus dem Provinzial-Kapital-Fonds noch jährlich 50.000 Mark bis zum nächsten Provinzial-Landtag zur Verfügung gestellt werde. Gegen die Gestattung der Benutzung von Provinzial-Chauffeen zur Anlage von Kleinbahnen hat der Ausschuß keine Bedenken, da nach Inbetriebung derartiger Bahnen sich die Unterhaltungskosten der Chauffeen nicht unerheblich vermindern werden, wodurch event. ein finanzieller Vorteil für die Provinz eintritt. Auch die dem Provinzial-Ausschuß zu ertheilende Befugnis, von dem Bau und Betriebsunternehmern für die Benutzung der Chauffeen ein angemessenes Entgelt zu fordern, wurde als zweckmäßig erachtet, da diese Befugnis noch nicht die Verpflichtung bedinge; bei wirtschaftlich schwachen Unternehmungen ein Entgelt unter allen Umständen zu fordern. Die Unterhaltung der Wegetheile und falls die Bahnanlage beseitigt werden sollte, die Wiederherstellung in den früheren Stand als Bedingung zu fordern, wurde als ein im Interesse der Provinz liegendes billiges Verlangen anerkannt, ebenso wurde es für rathsam erachtet, der Provinz, wenn auch der Erwerb einer Kleinbahn vorläufig völlig ausgeschlossen erscheine, doch das ihr durch Gesetz gewährleistete Recht zu wahren. Ferner wurde vorgeschlagen, daß dem Provinzial-Ausschuß eine Mitwirkung bei Feststellung der Linie, bei dem Bau und dem Betriebe der unterstützten Bahnunternehmungen sowie bei Normierung der Tarife eingeräumt werde und daß es diesem überlassen bleiben müsse, ob der Bau von Kleinbahnen durch Gewährung von Bauprämien oder Betriebszuschüssen unterstützt werden soll. Für bedenklich wurde erachtet, etwa eine bestimmte Spurweite für die zu unterstützenden Bahnen auszusprechen.

In der Debatte, an welcher sich der Oberpräsident Herr Freiherr v. Wlamowitz-Müllendorff und der Landeshauptmann Herr Dr. Graf Polakowsky mehrfache theilnahmen, wurden verschiedene Wünsche laut beziehungsweise Änderungsanträge gestellt, und zwar dahingehend, daß die dem Provinzialausschuß gegebene Befugnis von den Bau- und Betriebsunternehmern ein Entgelt zu fordern, in eine Verpflichtung umgewandelt werde, daß dem Provinzial-Landtag jedesmal eine Vorlage zu machen sei, wenn Kleinbahnen unterstützt werden sollen, daß der vorgesehene Fall der

Rückgewähr der Beihilfen bei ausreichender Rentabilität des Unternehmens nicht erforderlich sei, ferner, daß statt jährlich 50.000 M. dieser Betrag bis zum Zusammentritt des nächsten Provinzial-Landtages ausreichen solle und endlich, daß die Angelegenheit als nicht spruchreif zu vertagen sei. Nachdem noch besonders hervorgehoben wurde, daß der Kleinbahnbau als eins derjenigen Mittel zu erachten sei, welches zur Hebung der wirtschaftlichen Lage beitragen könne, trat die Mehrheit dem Antrage des II. Ausschusses bei, so daß die Änderungsanträge bei der Abstimmung mit erheblicher Mehrheit abgelehnt und die Absätze 1, 2, 4, 5 und 6 des Antrages des Provinzial-Ausschusses, dem sich der II. Ausschuß angeschlossen hatte, unverändert, Absatz 3 in der Fassung des Antrages des II. Ausschusses:

„Es wird dem Provinzial-Ausschuß aus dem Provinzial-Kapitalfonds eine Summe von jährlich 50.000 in Worten: „Fünfzig Tausend Mark“ bis zum Zusammentritt des nächsten Provinzial-Landtages zur Verfügung gestellt. Der Provinzial-Ausschuß wird ermächtigt, aus diesem Fonds und aus solchen Mitteln, welche durch Ersparnis am Chauffee- und Wegebau flüssig gemacht werden, den Bau von Bahnen niedriger Ordnung (Kleinbahnen) auch finanziell zu unterstützen, sei es in Form von Bauprämien oder von Betriebszuschüssen; in beiden Fällen wird jedoch die Rückgewähr der Beihilfen unter der Voraussetzung ausreichender Rentabilität des Unternehmens in der Regel vorzubehalten sein.“

mit erheblicher Mehrheit und demnach der gesammte Antrag des II. Ausschusses mit allen gegen eine Stimme angenommen wurde. Nächste Plenar-Sitzung Freitag, den 10. März, Vormittags 12 Uhr.

Posen, 10. März.

Nachdem die zum 28. Provinzial-Landtag der Provinz Posen versammelten Stände heute dem Königlichen Landtags-Kommissarius, Ober-Präsidenten Freiherrn von Wlamowitz-Müllendorff durch eine Deputation hatten anzeigen lassen, daß der Provinzial-Landtag seine Geschäfte beendet habe, begab sich der Königliche Kommissarius in die Mitte der Versammlung und hielt folgende Schlussrede an die versammelten Abgeordneten des Provinzial-Landtages:

Hochgeehrte Herren!

Nach eingehender Prüfung haben Sie den Ihnen zugegangenen Vorlagen in allen wesentlichen Theilen Ihre Zustimmung erteilt und damit nicht nur die einzelnen Vorschläge, die Ihnen der Provinzial-Ausschuß gemacht hat, als begründet und zweckmäßig anerkannt, sondern auch Ihr Einverständnis mit dem Gange der gesammten provinzialständischen Verwaltung kundgethan.

Es gereicht mir zur Freude, in Uebereinstimmung mit Ihnen auch meinerseits dem Herrn Landeshauptmann meine volle Anerkennung aussprechen zu können.

Wenn Sie in die Heimat zurückkehren, meine Herren, und dort einer Mittheilung darüber begegnen, daß die Provinzial-Abgaben erheblich gewachsen sind, so befinden Sie sich in der Lage, leicht den Nachweis führen zu können, daß weder Ihnen noch der Provinzialverwaltung hieraus ein Vorwurf zu machen ist, daß vielmehr das Vermögen und die Anstalten der Provinz in jeder Beziehung sparsam und gewissenhaft verwaltet werden.

Ihre Verhandlungen, meine Herren, waren durch Sachlichkeit und einmüthige Hingabe an Ihre ernsten und wichtigen Pflichten ausgezeichnet, wie das immer der Fall gewesen und vornehmlich Ihrer Leitung, Herr Landtags-Marschall, zu danken ist. Ich kann es mir nicht verlagern, auch von dieser Stelle aus Eurer Exzellenz und Ihnen, meine Herren Provinzialstände, zu der hohen Auszeichnung, welche dem Landtags-Marschall der Provinz Posen durch Ernennung zum Wirklichen Geheimen Rath zu theil geworden ist, meinen aufrichtigen Glückwunsch auszusprechen. Ich weiß, daß dieser Gnadenbeweis Seiner Majestät des Kaisers und Königs in der ganzen Provinz einen freudigen und dankbaren Widerhall finden wird.

So möge denn der Geist, der hier auf den Landtagen herrscht, auch in der Provinz überall Geltung finden und in allen Schichten der Bevölkerung seine wohlthätige Macht ausüben.

Friede ernährt,

Unfriede verzehrt.

Im Namen Seiner Majestät des Kaisers und Königs erkläre ich den 28. Provinzial-Landtag der Provinz Posen für geschlossen.

Der Landtags-Marschall entgegnete hierauf:

Hochgeehrter Herr Landtags-Kommissarius!

Mit Eurer Exzellenz befinde ich mich in voller Uebereinstimmung in der Anerkennung, welche dem Herrn Landeshauptmann für den Gang der gesammten provinzialständischen Verwaltung auszusprechen ist, und ich weiß, daß ich in dieser Anerkennung mit der Zustimmung meiner Mitstände erlaube.

Nicht minder habe ich aber die Pflicht, Eurer Exzellenz unseren Dank auszusprechen für die gütige Mitwirkung bei unseren Arbeiten, die es uns möglich gemacht, dieselben in verhältnismäßig kurzer Zeit zu beenden.

Daß unsere Beschlüsse eine Steigerung der Provinzial-Abgaben zur Folge haben würden, haben wir uns von Anfang an nicht verhehlt, denn die Ausführung des Gesetzes vom 11. Juli 1891 verlangt große Opfer. Wir müssen aber anerkennen, daß diese Opfer nicht die Höhe haben, welche andere Provinzen sich auferlegt haben. Wo es möglich war, haben wir gespart und doch die günstige Gelegenheit zur Erwerbung eines für mäßigen Preis angebotenen Grundstücks wahrgenommen, Mittel zur Unterstüzung der Landwirtschaft und zur Förderung der Kleinbahnen zur Verfügung gestellt und zur Beseitigung vorhandener Nothstände Zuschüsse bewilligt.

Wenn Euer Exzellenz der hohen Auszeichnung Erwähnung gethan, welche Seine Majestät unser Allergnädigster Kaiser, König und Herr während der Dauer dieses Landtages mir persönlich hat zu theil werden lassen, so bin ich mir durchaus bewußt, daß ich diese Auszeichnung nicht etwa besonderen Verdiensten meinerseits zu danken habe, sondern daß Seine Majestät mein Allergnädigster Herr meiner treuen heimathlichen Provinz sein Wohlwollen hat bezeugen wollen.

Wenn ich also auch in aller Bescheidenheit jedes eigene Verdienst dabei ablehnen muß, so bin ich doch stolz darauf so zu sagen der Träger des Allerhöchsten Wohlwollens zu sein und in diesem Sinne glaube ich mit Eurer Exzellenz, daß diese Wohlwollenserweisung unseres Kaisers und Königs in der ganzen Provinz Freude hervorrufen wird.

Meine geehrten Mitstände, Sie haben wiederum die Worte, die ich beim Beginn unserer Arbeiten sprach, zur Wahrheit gemacht, indem Sie in Frieden und Eintracht sich fast durchweg zu einstimmigen Beschlüssen vereinigt haben.

Ich sage Ihnen hierfür meinen aufrichtigen Dank, wie dafür, daß Sie mich mit Wohlwollen und Rücksicht unterstützt haben.

Ihnen danke ich die Auszeichnung, die mir zu theil geworden. Dessen werde ich, davon seien Sie überzeugt, stets eingedenk bleiben.

Lassen Sie uns nun zum Schlusse unserer Arbeiten, wie zum Beginn, Seiner Majestät dem Kaiser und König unsere Huldigung darbringen, indem wir rufen: Seine Majestät der Kaiser und König Wilhelm II. lebe hoch.

Die Versammlung stimmte in diesen Ruf lebhaft ein und trennte sich sodann.

Lokales.

Posen, 10. März.

* [Wasserstand der Warthe.] Telegramm aus Pogorzeli: am 10. März Mittags 2,93 Meter, am 10. März Abends 2,94 Meter; aus Schrimm: am 10. März Mittags 2,80 Meter, am 10. März Abends 2,79 Meter.

p. Von der Warthe. Der von Schwedt an der Oder nach hier mit dem Dampfer „Johann“ abgegangene Schleppzug ist wegen der starken Strömung noch nicht eingetroffen. Nach Privatnachrichten wird jedenfalls die in Wronke liegende „Borussia“, welche ohnehin einige Rähne von dort hierher schleppen wird, den Zug übernehmen. Dieselben werden stündlich hier erwartet. Die „Kaiserin Auguste Victoria“ ist in Küstrin eingetroffen, und wird mit einer größeren Anzahl Rähne von dort wahrscheinlich am Mittwoch hierher zurückkehren. Der Wasserstand nimmt glücklicherweise ab, sodaß auch der Schiffsverkehr auf der oberen Warthe, der wegen der zahlreichen Brücken bisher dort gehemmt war, wieder eröffnet worden ist. Morgen wird hier z. B. eine kleine Flotille von 13 Schiffen, welche von Kolo, Konin und Plesern mit Getreide nach Berlin bestimmt ist, durchsegeln. Die Fracht von Kolo nach Berlin ist zu 13,50 Mark pro Wispel abgeschlossen worden. Hier sind die Frachten unverändert. Die durch das Hochwasser entstandenen Schäden sind jetzt größtentheils beseitigt. So sind die von der Badeanstalt in Schrimm durch die Hochfluth (wie i. St. berichtet) fortgerissenen Rähne aufgefunden und wieder an Ort und Stelle gebracht worden. Dieselben waren auf die überschwemmten Wiesen getrieben und dort zwischen Gestrüpp hängen geblieben.

p. Neue Feuerwehrraierne. Das alte Schulhaus auf dem Grundstück Wallstraße 47 wird jetzt zu einer neuen Feuerwehrraierne umgebaut. Es soll darin außer der bisher auf der Schroda untergebrachten Spritze eine größere Feuerwehrraierne, an deren Spitze ein Brandmeister stehen wird, stationirt werden. Die oberen Räume werden zu Wohnungen für die Mannschaften eingerichtet.

(Fortsetzung des Lokalen in der Beilage.)

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 10. März. [Telegr. Spezialbericht der „Pos. Ztg.“] (Abgeordnetenhaus. Schluß.) Im weiteren Verlauf der Sitzung stellte Abg. Graf Clairon d'Haussenville eine lehrerfeindliche Haltung der Konserverativen in Abrede. Abg. Strombeck verlangte Abschaffung der Reste der Kulturkampfgesetze. Der nationalliberale Abg. Seyberth befürwortet eine Erhöhung der Lehrergehälter. Abg. Arndt warnte die Lehrer vor übertriebenen Forderungen, wünschte Reliktenverförmung, Ausdehnung der Alterszulagen sowie ein Mittelschulgesetz. Minister Bosse hoffte, ein Mittelschulgesetz werde dem Hause noch in dieser Session zugehen, doch könne er es nicht bestimmt zusagen. Abg. Szmulia forderte die Zulassung der polnischen Sprache für die Schulen Oberschlesiens, wogegen Minister Bosse auf die dort stattfindende Agitation hinwies. Die Abgg. Richter und Nordke betonten die Nothwendigkeit der Erfüllung der Forderungen der Lehrer und eine Verabschiedung des Dotationsgesetzes. Auf Anregung Stöckers erklärte Geheimrath Bartsch, über ein Irrengesetz würden von den theilhaftigen Ressortministern Verhandlungen gepflogen. Montag Wahlgesetz.

Berlin, 10. März. [Tel. Spezialbericht der „Pos. Ztg.“] (Reichstag.) Bei der Fortsetzung der Berathung des Militäretats brachte Abg. Hünze die Selbstmorde in der Armee zur Sprache. Generallieutenant v. Spitz verwies auf die Abnahme der Selbstmorde. Die geringste Ursache seien Mißhandlungen, da der Prozentsatz der Selbstmorde unter den Unteroffizieren größer sei als bei den Gemeinen. Abg. Richter brachte die Tischeiden der kommandirenden Generale für die Militärvorlage zur Sprache, worauf niemand von der Regierung erwiderte. Sodann ging Abg. Richter auf die Soldatenmißhandlungen und Beschimpfungen der Lehrer während der Dienstzeit ein. Der Kriegsminister sagte eine Untersuchung in allen Fällen zu. Bebel führte unter Aufzählung zahlreicher Einzelfälle aus, daß der gemeine Mann dem Offizier gegenüber rechtlos sei. Der Kriegsminister erwiderte sehr erregt: Bebel bezwecke mit seinen leidenschaftlichen Angriffen unter dem Schutz der Redefreiheit die Zerstörung der Organisation der Armee, des festesten Bollwerks gegen die Sozialdemokratie. An der weiteren Debatte über die Soldatenmißhandlungen theilnahmen sich v. Manteuffel, Vieber, Stadthagen, der Kriegsminister, Bebel, sowie die Staatssekretäre v. Bütticher und Marquardsen. Richter betonte nochmals die Nothwendigkeit der Reform der Militärjustiz, um solchen unerquicklichen Debatten ein Ende zu machen. Sonnabend Fortsetzung.

Berlin, 10. März. [Telegr. Spezialbericht der „Pos. Ztg.“] (Ausführlicher Bericht.) Die Militärkommission erledigte die erste Berathung. Alle Theile der Vorlage wurden abgelehnt. Für die vierten Bataillone und die neuen Batterien stimmten Nationalliberale und Konserverative, für die übrigen neuen Kadres nur die Konserverativen. Für die Präsenzstärke der Regierungsvorlage stimmten nur die Konserverativen, für den freisinnigen Antrag der Innehaltung der bisherigen Friedenspräsenzstärke die Freisinnigen und die Volkspartei.

Breslau, 10. März. Kardinal Kopp, der heute aus Rom nach hier zurückkehrte, wurde am Bahnhofe von Deputationen und hervorragenden Persönlichkeiten, darunter Abg. Porz, Graf Matuschka, Herzog von Ratibor, sowie zahlreichem Publikum empfangen. Graf Vassekren, welcher Kopp bis Oppeln entgegengeehrt war, begrüßte ihn mit einer Ansprache, auf welche Kopp erwiderte. Sodann fand feierlicher Einzug in die reich geschmückten Straßen statt.

Die Verlobung unserer Tochter PAULA mit dem Dr. med. Herrn HERRMANN HIRSCH-FELD in Spandau beehren wir uns hierdurch ergebenst anzuzeigen.

3294

Moritz Victor.
Frau Leonore Victor
geb. Cohn.
Posen, im März 1893.
Lindenstr. 5.

Die Geburt einer Tochter zeigen an
Heinrich Dobriner
und Frau, geb. **Hell**.
Posen, den 8. März 1893.

Auswärtige Familien-Nachrichten.

Verlobt: Elise Frein von Malzbahn mit Hent. Servaz von Gerlach in Berlin. Fr. Marie von Münchhausen in Herrngosserstedt mit Rittmeister Guit. von Schöner in Merseburg. Fr. Wally von Krieger in Weimar mit Premierlieut. Georg Neumann in Stargard in Pommern.

Verheiratet: Herr Dr. Carl Keller mit Fr. Emil Heller (Berlin - Leipzig). Herr Rechts-anwalt und Notar Karl Graumann mit Fr. Mimi Funke (Hagen i. W.). Fr. Prof. Ludwig Gattermann mit Fräul. Käthe Brausse (Heidelberg).

Geboren: Ein Sohn: Hrn. Amtshauptmann von Graushaar (Göbau). Hrn. Landesbau-Inspektor Hübers (Gummersbach). Hrn. Dr. med. Wittneben (Wenigsen). — Eine Tochter: Hrn. Berg-Ingenieur H. Smits (Nes' ond Bey (Goentrop i. W.)). Hrn. Dr. Nordmann (Berlin).

Gestorben: Fr. Emil Otto Zohl (Berlin). Fr. Prof. Margaretha Zeising, geb. Petri (München). Fr. Professor Marie Albert, geb. Becker (München). Fr. Marie Steffen, geb. von Braunschweig (Wandsbeck). Fr. Albert Lorenz, geb. Romanus (Gangschleufe). Fr. Friederike Schmidt, geb. Meise (Bielefeld). Fr. Auguste Senz, geb. Schering (Berlin). Fr. Oberstleut. Elise v. Greiffenberg, geb. Baubitz (Berlin).

Vergnügungen.

Stadttheater Posen.

Sonabend: 3. I. M.: **Zwei glückliche Tage.** Sonntag: Nachm. 3½, Vorst. 3. bed. ermäß. Breiten: **Die Waife von Wood.** Abends 7½, 1. Gastspiel d. Herrn **Gustav Brodmann** v. Stadttheater i. Breslau. 3. I. M.: **Das Rheingold.**

Theater Varieté.

Posen, Breslauerstr. 15.
Heute und folgende Tage:
Große Vorstellung.
Die Direktion.

J. O. O. F.

M. d. 13. III. 93. A. 8½, U. L.
Polytechnische Gesellschaft.
Sonabend, den 11. März 1893,
Abends 8 Uhr.

im Dümke'schen Restaurant:
1. Ballotement.
2. Vortrag: über die Binnenschifffahrt und die Binnenhäfen Deutschlands.

Handwerker-Verein.

Montag, den 13. d. M.,
Abends 8½ Uhr:

Vortrag

des Herrn Mittelschul-lehrer **Kupke**
über:
Eine Nordlandsfahrt.

Heute delikate Resselwürst.
Oswald Nier.

Pianinos, nur best. Fabrikate,
billiger als in jedem Magazin
empfehlen
M. Söfelbarth,
Pianofortestimmer, Theaterstr. 2.

Direct bezogene Ungarweine

sind zu haben bei
Rudolf Bouvier,
Posen, Büttelstr. 18.

יין כשר על פסח
הכשר נמור
empfiehlt in allen Sorten

Die Weingroßhandlung Posner & Cohn.

על פסח הכשר
Office
Spirituosen und Wein:
zu billigen Preisen.
Sämtliche Flaschen und Gebinde mit dem Siegel des hiesigen ehrwürdigen Rabbinats versehen.
Wilh. Latz Nachf.,
Louis Glaser,
4. Bronnerstraße 4.



DENAYER'S flüssiges Fleischpepton.

Denayer's Fleischpepton ist künstlich verdautes Ochsenfleisch; es ersetzt die Fleischnahrung bei gestörter oder geschwächter Verdauungsfähigkeit und wirkt direkt ein auf die Blut- und Muskelfleischbildung. Denayer's Fleischpepton ist kein Genussmittel wie das Fleischextrakt, sondern das leichtest-verdauliche Nahrungsmittel von höchstem Nährwerth und deshalb unentbehrlich zur Ernährung von Magenkranken, schwächlichen und kranken Personen, Kindern, Konvaleszenten. Aerztlich vielfach empfohlen und in vielen Kliniken und Krankenhäusern, unter andern in der Königl. Charité in Berlin, im Städt. Allgem. Krankenhaus im Friedrichshain und im Kaiser und Kaiserin Friedrich-Kinder-Krankenhaus zu Berlin, erprobt und dauernd verwendet. Auch Gefunden zur Stärkung und Hebung des Wohlbefindens zu empfehlen. Erhältlich in allen Apotheken. Gebrauchsanweisung liegt jeder Flasche bei.

Sigismund Ohnstein

hält sein sehr reichhaltiges
Tapeten-Lager
zu billigen Preisen bestens empfohlen.



Millionen-Lampe,

mehrfach preisgekrönt und patentirt.
Einzige wirklich nicht explosirende
Petroleum-Lampe.
Kein Blasen, kein Geräusch, kein Schwitzen,
keine Reparatur.
Die Millionen-Lampe ist in allen Größen als
Tisch-, Gänge-, Wandlampen, Kronen zu haben.
Haupt-Niederlage
für Stadt und Provinz Posen bei
Wilhelm Kronthal,
Wilhelmsplatz 1.

Wichtig für Kapitalisten!

Ein fleißiger, im Fach erfahrener Kaufmann, sucht einen **Kapitalisten als Theilnehmer** zur Uebernahme einer sehr rentablen **Mahlmühle**, da der jetzige Besitzer sich zur Ruhe setzen will.
Offerten unter Angabe des zu verfügenden Kapitals unt. Chiffre E. Z. 999 postlag. Posen erb.

Eine leistungsfähige süddeutsche
Zigarrenfabrik,
welche den Norden nicht bereisen läßt.
3197
sucht **Abnehmer**
(Großisten) ihrer Fabrikate 20/35
Mark. Offerten unter **J. B. 8015** bef. **Rudolf Woffe,**
Berlin SW.

8000 sowie 16000 Mt.
auf eine Landwirtschaft gleich hinter Landschaftsgelder gesucht.
Nähere Auskunft bei **Hugo Noack,** Zigarrengeschäft, St. Martin 41.
3288

Mühlhäuser Kleiderstoffe.
Spezialität Reimwoll. Lamas, Cheviots, Baige, Meltons versendet Robe à 6 Mtr. von 3 Mt. an bis 12 M. Muster überall franco.
Carl Adolf Weymar,
Weber u. Erstes Versandthaus
Mühlhausen i. Th. 450
Vertreter geg. festen Gehalt gesucht.

Spezialität seit 1861.
Ziegelmaschinen.
L. Schmelzer, Magdeburg.

Israel. Knaben-Pensionat.

Vorbereitung für höhere Schulen und praktische Berufe.
Dr. Ludwig Levy, Gr. Gerberstr. 14 I.

Im Knabenpensionat in Schwerzenz, seit 30 Jahren bestehend, finden zu Ostern einige Zöglinge Aufnahme.
3309 **M. Grünfeld.**



Vom 11. bis 13. März werde ich in Posen, Prov.-Augentheil, anwesend sein, um

künstliche Augen

direkt nach der Natur für Patienten zu fertigen
F. Ad. Müller, Augenkünstler aus Wiesbaden.

Deutsch-Amerikanisches Verkaufs-Syndikat

wünscht in Verbindung zu treten mit nur großen Abnehmern von geruchlosen Harzölen, raffiniert, wasserhell, gelb und braun, rohen Harzölen für Wagenfabrikation, Brauerharz, in gelb, braun und transparent. Energetische bestens eingeführte Vertreter gesucht. Offerten sub **H. F. 3305** befördert **Rudolf Woffe, Hamburg.**
3263

Sämmtliche Neuheiten in Kleiderstoffen u. Mantel-Confection, sowie fertige Costumes

find in größter Auswahl bereits eingetroffen.
Hundert fertige Costumes
im Preise von 15 bis 100 Mt.
stets vorräthig.

Neue Str. 2. E. Tomski.
Modewaaren u. Damen-Confection.

Solinger Stahlwaaren

Messer und Gabeln, Schlacht- und Gemüse-messer, Taschenmesser und Scheeren. — Allerbilligste Bezugsquelle, speziell für Wiederverkäufer bei

Julius Treitel,
Posen.

Tuch-Lager.

Den Eingang sämmtlicher Neuheiten zur
Frühjahrs- u. Sommeraison
zeige hierdurch ergebenst an.
Neste bis 3 Mtr. unter Fabrikpreis.
M. Baruch, Markt 83 I.
Tuch-Lager.

Prima Bau-Stück-Kalk

aus den besten Werken
in **Gross-Strehlitz,**
Gogolin,
Frischen Düngkalk (Kalkasche)
aus **Gross-Strehlitz,**
Gogolin,
Prima Magnesia-Düngkalk.
Preise billigst. Verladungen prompt.
C. Kaisig & Co.,
Breslau, Moritzstraße 17.

Preisgekrönte CAPWEINE

18 goldene Medaillen
800 Verkaufsstellen
von **E. Plaut, Capstadt.**
Frühstücks-, Dessert- u. Medicinalweine 1. Ranges.
Specialität für Magenleidende und Blutarme.
Referenz: Süd-Afrikanisches Consulat, Hamburg.
Niederlage bei **B. Glabisz, H. Hummel und S. Samter**
in Posen.
734

Kirchen-Nachrichten für Posen.

Kreuzkirche.
Sonntag, den 12. März, Vorm. 8 Uhr, Abendmahl, Herr Superintendent Jehn. Um 10 Uhr, Predigt, Herr Pastor Springborn. Um 11½ Uhr, Kinder-Gottesdienst. Abends 6 Uhr, Predigt, Herr Superintendent Jehn.
Freitag, den 17. März, Abends 6 Uhr, Passionsgottesdienst, Herr Pastor Springborn.
St. Paulikirche.
Sonntag, den 12. März, Vorm. 9 Uhr, Beichte und Abendmahl, Herr Konfirmandenrat D. Reichardt. Um 10 Uhr, Predigt, Herr General-Superintendent D. Seefeld. Um 11½ Uhr, Kindergottesdienst. Abends 6 Uhr, Predigt, Herr Pastor Buchner.
Freitag, den 17. März, Abends 6 Uhr, Passions-Gottesdienst, Herr Pastor Loyde.
St. Lazarus: Sonntag den 12. März, Vorm. 10 Uhr, Predigt, Herr Pastor Buchner.
St. Petrikirche.
Sonntag, den 12. März, Vorm. 10 Uhr, Predigt, Herr Diaconus Kassel. Um 11½ Uhr, Kindergottesdienst.
Mittwoch den 15. März, Abends 6 Uhr, Passionsgottesdienst, Herr Konfirmandenrat Dr. Bor-gius.
Evang. Garnison-Kirche.
Sonntag, den 12. März, Vorm. 10 Uhr, Predigt, Herr Divisionspfarrer Strauß. (Beichte und Abendmahl.) Um 11½ Uhr, Kindergottesdienst.
Evang. Lutherische Kirche.
Sonntag, den 12. März, Vorm. 9½ Uhr, Predigt, Herr Superintendent Kleinwächter. (Abendmahl.) Nachmittags um 3 Uhr, Herr Superintendent Kleinwächter.
Mittwoch, den 15. März, Abends 7½ Uhr, Passionsgottesdienst, Herr Superintendent Kleinwächter.
Kapelle der evangelischen Diaconissen-Anstalt.
Sonabend, den 11. März, Abends 8 Uhr, Wochen-schluss-gottesdienst, Herr Pastor Mar. Sonntag, den 12. März, Vorm. 10 Uhr, Predigt, Herr Bitar Schmidt.
In den Parochien der vorgenannten Kirchen sind in der Zeit vom 2. bis zum 9. März: Getauft 10 männl., 16 weibl. Pers. Gestorb. 11 = 8 Getraut 4 Paar.

Für das staatl. anerkannte
Kindergärtnerinnen-Seminar
und die
Fröbelschen Kindergärten,
Victoriastraße 27, part. und
Breslauerstr. 18, part. r.,
werden Anmeldungen entgegen-
genommen. Pension im Hause.
Der neue Kursus für die Schü-
lerinnen beginnt nach Ostern;
alles Nähere durch Prospekte und
die Vorsteherin
M. Michel, geb. Fischel.
NB. Nachweis v. tücht.
Kindergärtnerinnen.

Unterricht im Gebräuschen,
sowie zur Bar Mizwah Konfir-
mation ertheilt
Joseph Joachim,
Wasserstraße 25.

Unterricht im Französischen
wird gründl. erth. Offert. erb.
postl. hier unt. **H. 150.**

Pension für Gymnasiasten in
einer Mittelsstadt in relig. jüd.
Familie. Nachhilfe im Hause.
Chiffre B. 6001 a. d. Exp. 2495

Israel. Knaben-Pensionat.
Philipp Lewek,
Wienerstr. 5.

Erholungsbed. j. Mädchen
gebildeten Standes finden liebe-
volle Aufnahme schon von Mitte
April ab. Freunbliche, gesunde
Gebirgsgegend; ar. herrl. Garten.
Pfarrhaus Bad **Gernsdorf**
(Rathbach).
3295

Ein Schüler findet zu Ostern
gute Pension bei
Manasse, Markt 88.

Lokales.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

* **Giläubeförderung.** Sämtliche Giläubendungen sollen von jetzt ab durch Aufkleben rother Zettel mit dem Aufdruck „Giläub“ kenntlich gemacht werden. Wenn auch für die Abhender selbst keine Verpflichtung hierzu erwächst, so liegt es doch im Interesse der schnelleren Abfertigung, daß die Giläubendungen bei Auslieferung bereits mit diesen Zetteln versehen sind. Vorschriftsmäßige derartige Zettel sind in Posten von mindestens 10 Bogen (zum Preise von 10 Pfg.) bis zu 1000 Bogen (10 M.) bei den Güterexpeditionen käuflich zu haben.

* **Einführung deutsch-russischer Zollfrachtbriefe.** Zur Beigabe des in dem deutsch-russischen Gütertarif und in den allgemeinen Dienstvorschriften dieses Verbandes näher bezeichneten, nur zu Zollzwecken bestimmten Fracht- bzw. Gilfrachtbriefes war bisher die Verwendung eines deutsch-russischen Doppelfrachtbriefes erforderlich, von welchem das Duplikat stets wertlos wurde. Zur Vermeidung dieses Uebelstandes hat die Bromberger Eisenbahn-Direktion besondere, mit einem Duplikat nicht verbundene, nur zu Zollzwecken bestimmte Fracht- und Gilfrachtbriefe hergestellt und mit dem Aufdruck „Zolldokument“ versehen lassen. Die Abfertigungsstellen sind angewiesen worden, die Versender von Gütern nach Rußland hierauf aufmerksam zu machen. Zur Deduktion des augenblicklichen Bedarfs werden diese Fracht- bzw. Gilfrachtbriefe den Dienststellen durch die Druckfachenverwaltung sofort in genügender Anzahl zugehen. Der Verkaufspreis ist der für Frachtbriefe des inneren Verkehrs.

* **Jahrmärkteverlegung.** Der für die Stadt Schroda auf den 21. März d. J. angelegte Jahrmarkt ist auf den 14. März d. J. verlegt worden.

* **Wittnahme von Handgepäck durch landwirtschaftliche Arbeiter.** Bei der Beförderung landwirtschaftlicher Arbeiter hat die Wittnahme größerer Mengen von Gepäck, bestehend in Kisten, Säcken, Schuppen, Senfen, Heugabeln u. s. w., zu Unzuträglichkeiten geführt, indem die Gegenstände einen großen Theil des Wagens einnehmen und den Raum zur Aufnahme der Personen so beschränken, daß öfters mehr Wagen als der Anzahl der Reisenden nach erforderlich gewesen sein würden, eingestellt werden müssen. Die Abgangstationen sollen für die Folge mit aller Strenge darauf halten, daß die einzelnen Arbeiter nicht mehr Gepäck in den Wagen mitnehmen, als nach der Verkehrsordnung zulässig ist, und zu dem Zwecke vor Antritt des Zuges eine Prüfung des Gepäcks vorzunehmen. Das überschüssige Gepäck ist als Stückgut oder, falls eine Wagenladung zusammenkommt, als Umzugsgut aufzugeben. Die Verkehrs- und Verkehrsfontrollen haben die Ausführung dieser Bestimmung bei jeder Gelegenheit zu überwachen. Bei Genehmigung von Anträgen auf Fahrpreisermäßigung für Arbeitertransporte müssen die Antragsteller seitens der Betriebsämter auf die vorstehende Bestimmung ausdrücklich aufmerksam gemacht werden.

* **Vorrathszeichen auf Handfeuerwaffen.** Mit dem 1. April d. J. tritt das Gesetz betreffend die Anbringung der Vorrathszeichen auf Handfeuerwaffen in Kraft. Nach diesem Zeitpunkt dürfen in Deutschland die der Prüfung und Abstemmung unterliegenden Handfeuerwaffen ohne die vom Bundesrat vorgeschriebenen Stempel nur dann noch feilgehalten oder in den Verkehr gebracht werden, wenn sie vorher (also vor dem 1. April 1893) mit dem von dem Bundesrat bestimmten „Vorrathszeichen“ versehen sind. Diese Anbringung der gesetzlichen Vorrathszeichen erfolgt kostenfrei. Mit der Beaufichtigung der Stempelung ist die Polizeibehörde betraut; wiederum eine neue Arbeitslast, die den Exekutiv-Organen durch die Gesetzgebung aufgebürdet wird. Mehrfach ist die Meinung laut geworden, daß es sich bei diesem Gesetz nur um die durch Kaufleute feilgehaltenen Waffen handle. Das ist ein Irrthum. Nehmen wir zum Beispiel an, ein Privatmann habe eins oder mehrere Gewehre, die nicht mit dem Vorrathszeichen versehen sind. Der Verkauf dieser Gewehre durch ihren Besitzer ist nach dem 1. April nicht mehr möglich; denn dann dürfen nichtgestempelte Waffen keinesfalls noch verkauft werden. Im Interesse aller Besitzer von Handfeuerwaffen liegt es daher, die vom Gesetz verlangte Abstemmung, welche, wie gesagt, unentgeltlich geschieht, vornehmen zu lassen.

Polnisches.

Posen, 10. März.

d. Der Dr. Marcinkowski-Verein zur Unterstützung der lernenden polnischen Jugend hielt gestern unter Vorsitz des Landchaftsraths von Szanalecki im hiesigen Bazarlaale seine Generalversammlung ab. Dem von dem Medizinalrath Dr. Nowicki erstatteten Jahresbericht über die Thätigkeit des Vereins, welcher gegenwärtig 52 Jahre besteht, ist Folgendes zu entnehmen: Die Einnahme des Vereins aus den gewöhnlichen Beiträgen betrug 22 869 M., aus den extraordinären Beiträgen 7587 M.; außerdem

ist der eiserne Fonds des Vereins durch eine Anzahl bedeutender Schenkungen erheblich vermehrt worden. Die Ausgabe zu Stipendien für Studierende betrug 9950 M., für Techniker, Baubefähigte, Apotheker 4222 M., für Gymnasialisten und Mittelschüler 17 588 M. u. s. w., im Ganzen 41 760 M. Vorsitzender des Vereins ist der hiesige Justizrath Szuman, stellvertretender Vorsitzender Medizinalrath Dr. Nowicki.

d. Die Sammlungen der polnischen Frauen zu Volksbildungszwecken haben in Folge des neulich erwähnten Aufrufes bereits begonnen; bei der Redaktion des „Dziennik Pozn.“ waren bis heute 450 M. eingegangen.

Stadtverordneten-Versammlung.

Posen, den 9. März.

Die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung wurde gleich nach 5 Uhr von dem Vorsitzenden Herrn Justizrath Orgler eröffnet. Derselbe ertheilte zunächst dem

Stadtv. Thierarzt Herzberg das Wort, um über die Magistratsvorlage betr. die Bewilligung der Kosten zum Um- und Renovierungsbau des städtischen Grundstücks Sapiehapl. 10 b den Bericht der Finanzkommission zu erstatten. Derselbe empfiehlt, den Magistrat aufzufordern, durch nochmaliges Ausbieten und Inseriren die Wohnungen in dem Hause in ihrem jetzigen Zustande zu vermieten. Sollte dies indessen bis zum 15. April d. J. ohne Erfolg sein, so will man eine Summe von 3000 M. zur Verfügung stellen, um wenigstens das Nöthigste in den Räumen ausbessern zu lassen. Im Uebrigen stellt man dem Magistrat anheim, ob es sich nicht empfiehlt, die Räume zu städtischen Bureauzwecken zu verwenden. Demgegenüber hatte der Magistrat in seiner Vorlage vorgeschlagen, eine Summe von 10 200 M. zum gänzlichen Umbau des etwas verfallenen Hauses zu bewilligen. Die Summe würde sich sehr gut verzinsen, da schon ein hiesiger Rechtsanwalt sich bereit erklärt habe, die Wohnung in der ersten Etage für 2100 Mark auf 5 und event. sogar auf 10 Jahre zu mieten. Die übrigen Räume würden sich voraussichtlich ebenfalls zu entsprechenden Preisen ohne Schwierigkeit vermieten lassen. Außer der Finanzkommission hat sich die städtische Baudeputation und die Baukommission der Stadtverordneten-Versammlung eingehend mit der Angelegenheit beschäftigt. Während die erstere sich gänzlich mit der Magistratsvorlage einverstanden erklärt hat, hat die Baukommission es für bedenklich gehalten, in ein so altes Haus noch eine derartige hohe Summe hineinzustecken. Die Kommission hat geglaubt, Angesichts des baulichen Zustandes des Hauses nur empfehlen zu können, die Räume entweder so zu vermieten, oder sie zu städtischen Zwecken zu verwenden.

Stadtv. A. m. u. s. erklärt sich für den Antrag der Baukommission. Nach der Renovierung des Hauses würde man bestenfalls 3500 M. Miete aus demselben ziehen können. Zur Verzinsung des neu hineinzusteckenden Kapitals und für die laufenden Unkosten (Wasser, Gas u. s. w.) würden allein davon 900 M. abzuziehen sein, so daß die jetzt aufzuwendenden 10 200 M. erst in ungefähr fünf Jahren amortisirt wären. Dabei hätten die städtischen Bureauzwecke augenblicklich zum Theil ganz ungenügende Räume inne, und wenn auch das neue Stadthaus hierin zum 1. Oktober etwas Abhilfe schaffen würde, so würden doch z. B. für das Baubureau für die Einbeziehung der Warthe wieder neue und größere Räume nöthig. Redner beantragt, die Vorlage einfach abzulehnen und den Magistrat aufzufordern, das Haus für städtische Bureauzwecke einzurichten.

Der Vorsitzende, Justizrath Orgler, glaubt demgegenüber zur Aufklärung der Sachlage konstatiren zu müssen, daß die Seitens der Stadt im Rantorumischen Hause gemieteten Räume zum 1. Oktober 1894 und diejenigen im Brodntischen Hause bereits zum 1. Oktober d. J. gekündigt seien. Er ertheilt darauf dem Berichterstatter der Baukommission, Stadtv. K. l. a. u., zum Referat über die Verhandlungen derselben das Wort. Redner geht zunächst des Längeren darauf ein, wie die Stadt zu dem Ankauf des Grundstückes gekommen sei. Man habe sich damals vor Allem durch den Gedanken leiten lassen, daß dasselbe einen geeigneten Platz für die später zu erbauende Markthalle abgeben werde. Was dann weiter die beabsichtigte anderweitige Unterbringung der städtischen Bureauzwecke anbelangt, so stehe zunächst der Anbau eines Seitenflügels an das neue Stadthaus noch in weiter Ferne. Das letztere werde überdies kaum die sämtlichen, jetzt in gemieteten Räumen befindlichen, städtischen Bureauzwecke aufnehmen können, zumal die projektirte Einbeziehung der Warthe die Errichtung einer neuen größeren Bauabtheilung nöthig machen werde. Er empfehle daher die Ablehnung der Vorlage.

Oberbürgermeister Witting weist in seiner Erwiderung darauf hin, daß die Anregung zu der Vorlage von der städtischen Baudeputation ausgegangen sei. Derselbe habe sich bei der Berathung mit großer Wärme dafür erklärt. Wenn der Vor-

redner behaupte, daß das Grundstück hauptsächlich zum Bau einer Markthalle angekauft sei, so beruhe dies auf einer gänzlich irrthümlichen Auffassung. In dasselbe grenze bekanntlich ein städtisches Grundstück, dessen eigenartige Lage den Ankauf des quast. Hauses unbedingt nöthig gemacht habe. Zum Bau der projektirten Markthalle, an den man übrigens für die nächsten Jahre überhaupt nicht denken könne, sei der in jeder Weise geeignete Sapiehapl. in Aussicht genommen, der überdies dann noch Raum genug für kleinere Gartenanlagen biete. Wenn über den geplanten Flügelbau des neuen Stadthauses gesagt sei, daß derselbe nicht mit in Rechnung zu ziehen sei, so müsse er doch bitten, daß man denselben als eine zukünftige Thatfache in Betracht ziehe. Es könne doch unmöglich gehen, daß man in einer Sitzung — bei der Berathung über die aufzunehmende Anleihe — für denselben die nöthige Geldsumme bewilligen zu wollen erkläre, und in der anderen das Projekt als vollständig nebelhaft hinstelle. Der Magistrat müsse es auf jeden Fall ablehnen, daß die Räume in dem Hause am Sapiehapl. zu Bureauzwecken verwendet würden. Er frage demgegenüber, was man denn eigentlich mit dem Hause anfangen wolle, denn so wie es jetzt sei, sei es auf keinen Fall zu vermieten.

Stadtv. Schönlank meint, daß die Wohnungen gerade in der ungünstigsten Zeit in den Zeitungen annoncirt worden seien. Es müsse auf jeden Fall noch einmal der Versuch gemacht werden, die Wohnungen in ihrem jetzigen Zustande zu vermieten. Stadtv. Prodnitz ist demgegenüber der Ansicht, daß keiner die Wohnungen für einen acceptablen Preis nehmen werde. Wer 1600—2000 Mark ausgeben wolle, verlange mit allem Komfort der Neuzeit ausgestattete Zimmer zu mieten. Die Ablehnung der Magistratsvorlage bedeute, namentlich Angesichts der Erklärung des Herrn Oberbürgermeisters, einen Aufschub der Angelegenheit und damit einen ganz unentschuldbaren Ausfall in den städtischen Finanzen. Stadtv. Jacobsohn tritt ebenfalls den Ausführungen des Stadtv. Schönlank entgegen. Er konstatirt namentlich, daß die Inbetriebnahme der Wohnungen nicht, wie derselbe behauptet, nur im August oder September erfolgt sei, sondern auch in anderen Monaten wie z. B. im April.

Nachdem darauf die Herren Stadtbaurath Grüber und Stadtrath Gerhardt noch kurz auf verschiedene technische und finanzielle Einzelheiten der Vorlage eingegangen, wird auf Antrag Schluß der Debatte beschlossen und zur Abstimmung geschritten. Bei derselben wird die Magistratsvorlage mit großer Mehrheit abgelehnt. Der Vorsitzende prästirt sodann die einzelnen Anträge und läßt darüber abstimmen, ob man den Magistrat ersuchen wolle, die Räume zu städtischen Bureauzwecken zu verwenden. Da sich hierfür eine unzweifelhafte Majorität ergiebt, so sind damit alle anderen Anträge gefallen. In einer längeren Geschäftsordnungsdebatte wird allerdings von verschiedenen Seiten versucht, Zusatzanträge einzubringen, doch werden dieselben vom Vorsitzenden auf Grund der Städteordnung zurückgewiesen. Man verständigt sich indessen unter Zustimmung des Magistrats soweit, daß der Gegenstand in der nächsten Sitzung noch einmal zur Berathung gelangen soll.

Es wird sodann mit der Berathung des Etats der städtischen Mittelschule für Knaben fortgefahren und zwar wird die in der letzten Sitzung begonnene Debatte über das neue Freischul-Regulativ fortgesetzt. Die Finanz- und Schulkommission beantragt im § 9 des Regulativs die Worte „nach Abzug der Lehrerfinder“ zu streichen.

Ferner entfällt sich eine lebhafteste Debatte über das Verhältniß der Freischulstellen. Der neue Entwurf bestimmt, daß die Anzahl der gewährten ganzen und halben Freischulstellen 15 Proz. (bisher 12 1/2 Proz.) der Schülerzahl nicht übersteigen soll.

Im Gegenfah hierzu wird von dem Stadtv. Türl behauptet, diese Ziffer beziehe sich nicht auf die Schülerzahl, sondern auf das Schulgeldböl und es sei also die Anzahl der ganzen Freischulstellen in Anrechnung zu bringen, dergestalt, daß zwei halbe Freischulstellen als eine ganze gerechnet werden.

Bürgermeister Künzer bestätigt, daß dies in der That die bisherige Praxis gewesen sei.

Stadtv. Türl beantragt den betreffenden Passus des neuen Regulativs in folgender Fassung anzunehmen: „Der Ertrag der gewährten ganzen und halben Freischulstellen darf 15 Proz. des gesammten Schulgeldböl nicht übersteigen.“

In der Abstimmung wird der Antrag der Kommission bezüglich der Streichung der Worte „nach Abzug der Lehrerfinder“ angenommen, der Antrag Türl abgelehnt und die von der Kommission beantragte Fassung („darf 15 Proz. der Schülerzahl u. s. w.“) angenommen. Hierauf wird das gesammte Regulativ en bloc genehmigt.

Der Etat der Knaben-Mittelschule balancirt in Einnahme und Ausgabe mit 82 306 M. Die Einnahme setzt sich zusammen aus den Gebühren im Betrage von 40 990 M. (davon 39 248 M. Schulgeld), den unvorhergesehenen Ausgaben in Höhe

Die Tochter der Here.

Historische Erzählung von V. Haidheim.

(59. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Klara fand sich eine Andere und die Menschen so ganz anders. Ein heißes Heimweh überkam sie, sie sehnte sich nach dem engen, einfachen Vaterhause hinter den hohen Gartenmauern der Katharinenpforte; sie sehnte sich nach ihrem Vater, nach dem Anblick seines guten, liebevollen Lächelns — und dennoch, so heiß und immer heißer ihr Herz beim verlangte, so wagte sie doch nicht, um ihre Entlassung zu bitten. Hatte doch der Kaiser ihr oft gesagt, es sei ihm ein Trost, mit ihr von dem theuren Dahingeschiedenen zu reden; hatte doch die Kaiserin sie so oft kommen lassen, von dem Sohne ihr zu erzählen, wenn die Traurigkeit sie gar so sehr übermannte.

„Ach — diese Eltern! — hoch über allem Erdenleben, über allen Menschen stehend, sie hatten Herzen, wie der ärmste Mann, die geringste Frau; sie trauerten und weinten, wie andere Menschen, wenn sie in ihrem stillen Kämmerlein saßen; nach Außen freilich, da ging das Hofleben seinen Weg und das angelernte Lächeln verbarg die Thränen der kummervollen Eltern.“

Klara erwartete einen angemeldeten Besuch: sie, die Apothekerstochter aus Osnabrück, den einstigen Gebieter, den Grafen Drenstierna, der im Gefolge seiner Königin war, die, nachdem sie eben Schwedens Krone niedergelegt, durch Desterreich reiste und in Wien Geschäfte zu erledigen hatte.

Drenstierna, der vornehme, stolze, mächtige Mann, Klaras gütiger Gebieter, hatte anfragen lassen, ob Klara ihm erlauben

wolle, ihm aufzuwarten, und nichts hatte so sehr, wie dies kleine und unbedeutende Ereigniß, Klara gemahnt, was sie erreicht, wie wunderbar ihr Schicksal sie nach oben geführt.

Jetzt meldete ein Page den Grafen. Klara eilte ihm entgegen, demüthig bescheiden, und der Graf verneigte sich vor ihr, wie vor einer Fürstin, sprach zu ihr, wie zu einer solchen. Und dennoch, es war eine stille, Glück bringende Stunde, die der Graf bei ihr weilte. Sie erzählte ihm, wie ein Kind dem Vater, was sie erlebt; er hörte ihr mit Güte und Theilnahme, aber auch mit tiefer Ehrerbietung zu. Dann hatte er zu berichten von der Gräfin, seiner holden Gemahlin, wie sie in Stockholm mit zwei prächtigen Kindern daheim geblieben und wie sie Klara so oftmals grüßen lasse. Endlich erhob er sich:

„Da hätte ich ja beinahe das Wichtigste vergessen, edles Fräulein“, sagte er scherzend. „Ein Landsmann von Euch, den ich in Leipzig traf und der sich meiner Reisebegleitung anschloß, hat hier in Wien Geschäfte und bat mich um mein Fürwort bei Euch. Er möchte Euch seine Aufwartung machen; ich bestellte ihn hierher, darf ich ihn Euch senden?“

„Gewiß, Herr Graf!“ sagte Klara lebhaft.

Die Thür wurde wiederum geöffnet, ein großer, stattlicher Mann von breitem, kräftigem Wuchse, freiem Anstande und in seiner Hoffkleidung trat ein.

Ein mächtiger Bart bedeckte seine Lippen, braunes lockiges Haar seinen Kopf. Starr, mit weitgeöffneten Augen blickte Klara den Fremden an, Röthe und Blässe wechselten auf ihrem Gesichte und als dieser nun mit seinen hellen, klugen Augen sie kühn und freundlich ansah, da sank sie fast in die

Knie. Beide Hände ihm entgegenstreckend, stammelte sie in höchster Freude: „Gerhard! Gerhard, mein Freund!“

In Osnabrück herrschte einige Zeit nachher eine lebhafteste Aufregung. Sonderbare Gerüchte durchliefen die Stadt.

Unerhörtes hatte sich begeben, wie man sich erzählte, aber Niemand wußte so recht, was es war, jedenfalls aber handelte es sich um die Klara Amelung, die vor mehr als vier Jahren mit dem Grafen Drenstierna weggezogen war und die nun heimkehrte als eine vornehme Dame.

Wie sah der alte Amelung, der Apotheker so stolz, so glücklich aus; wie hatte er so plötzlich Arbeiter und Handwerker kommen lassen, die ihm sein Haus ganz neu ausputzten und es innen und außen schön und neu machten, die ihm seinen Garten in Stand setzten, denn in der That, seit Klara fortgezogen war, hatten Haus und Garten wüst dargelegen, der alte Apotheker hatte keine Freude mehr daran.

Nun war das Alles plötzlich so ganz anders. Sie kehrte heim, die geliebte Tochter; Gerhard Baumeister hatte geschrieben, daß er sie zurückbringe und in wie hohen Ehren des Amelung Tochter bei den kaiserlichen Majestäten und dem ganzen Hofe stehe.

Das war endlich, nach so vielem schweren Kummer ein Sonnenstrahl für das alte, schwergeprüfte Herz des Apothekers. Was hatte er gelitten seit Klaras Abreise und wie viel mehr Gerhard Baumeister seit der Rückkehr des Johannes Belzer, der dem entsetzten Dr. Baumeister heimlich anvertraute, Klara sei verschwunden, entweder entführt vom König von Böhmen, der sie mit Leidenschaft liebe, oder geraubt von des Kaisers oder der Erzherzogin Beauftragten. (Fortsetzung folgt.)

von 60 M. und dem Zuschuß aus der Kammereffasse, welcher nach Abzug der mit 14 150 M. veranschlagten Miethe noch 27 106 M., d. i. 5705 M. mehr als im Vorjahr beträgt. Als U s a g a b e sind an Verwaltungskosten 1990 M., an Besoldungen 62 020 M., für Unterrichtsmittel 1943 M., für Geschäftsunterhaltung 200 M., für Heizung, Beleuchtung und Reinigungsmaterial 1808 M., der bereits unter den Einnahmen mitgetheilte Werth der Miethe sowie 195 M. außerordentliche Ausgaben eingestellt.

Bei den Lehrergehältern beantragt Stadtv. Franz den Magistrat zu ersuchen, der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage behufs erneuter Prüfung der Lehrerskala zu machen. Er rügt in seiner Motivierung verschiedene Mängel der neuen Skala, u. a. erklärt er, die neue Skala beruht auf der älteren Lehrer gegenüber den jüngeren, da den ersteren ihre interimistischen Dienstjahre nicht in Anrechnung gebracht würden. Seitens des Magistrats seien diese Mängel offenbar auch schon erkannt worden, denn schon im Jahre 1890/91 habe sich die Schuldeputation mit einer Aenderung der Skala beschäftigt, dann aber habe man davon Abstand genommen mit Rücksicht auf die damals eingebrachte Vorlage zum Volksschulgesetz. Da nun auch das gegenwärtig im Landtage eingebrachte Gesetz wegen Aufbesserung des Gehaltes der Volksschullehrer gar keine sicheren Ausichten biete, so sei es angebracht, wenn sich etwa im Laufe des Sommers die Schul- und Finanzkommission mit der Aufstellung einer neuen Skala befasse.

Ober-Bürgermeister Witting erklärt, der Magistrat habe ebenso wie der Antragsteller den Wunsch, die Lehrerschaft zufrieden zu stellen. Er erkenne an dieser Stelle gern an, daß die Lehrerschaft Posen vorzügliche Elemente enthalte, und er gebe zu, daß die Lehrerschaft der Provinz Posen mit besonderen Schwierigkeiten zu kämpfen habe, aber man dürfe doch auch nicht verkennen, daß die städtischen Behörden für die Lehrerschaft bereits recht viel gethan hätten. Wenn es möglich wäre, mit einer Summe von 3750 M. die Lehrer zu saturirten Existenzen zu machen, so sei der Magistrat gern dazu bereit, aber eine Skala zu finden, welche die Lehrerschaft zufriedenstelle, sei eine Aufgabe, welche der Quadratur des Kreises gleichkomme. Der Magistrat habe seit einem halben Jahre eine Enquete veranstaltet und habe sich über die Lage der Lehrer aus 26 größeren Städten erkundigt. Von diesen 26 Städten stiehe Posen an 4. Stelle. Die Behauptung, daß nur die jungen Lehrer gute Gehälter bekämen, sei unrichtig; freilich erhielten die jungen Lehrer gute Gehälter, aber die älteren Lehrer seien keineswegs schlecht besoldet. Man möge sich vor Augen halten, daß bei jeder Aenderung der Skala eine radikale Besserung erzielt werde. Eine befriedigende Skala könne erst geschaffen werden, wenn man als Grundlage das Prinzip des Dienstalters benutze.

In der Abstimmung wird sodann der Antrag Franz abgelehnt. Der Voranschlag für den genannten Etatszettel wird sodann genehmigt. Die Abstriche betragen im Ganzen 450 M., so daß der Zuschuß aus der Kammereffasse nunmehr statt 27 106 nur 26 546 Mark beträgt.

Die Sitzung wird sodann gegen 8 Uhr geschlossen.

Aus der Provinz Posen.

(Nachdruck der Originalberichte nur mit Quellenangabe gestattet.)

Kösten. 9. März. [Jahrmarkt. Kommunalbes. Jubiläum.] Der heutige Jahrmarkt war überaus stark besucht. Eine solche Menge Rindvieh und Pferde, wie heute zum Verkauf gestellt wurden, ist seit Jahresfrist nicht hierher gebracht worden. Schweine waren knapp und sehr theuer, Rindvieh recht billig; gute Pferde erzielten annehmbare Preise. Auch der Krammarkt erfreute sich eines guten Besuchs, doch haben die zahlreichen Verkäufer über schlechte Geschäfte bitter geklagt. In Folge von Geldmangel war die Kaufkraft nur eine geringe. — In der gestrigen Stadtverordneten-Sitzung kam das auf wiederholtes Drängen des Herrn Regierungs-Präsidenten vom Magistrat entworfene Statut über die Einrichtung von Schornsteinfeger-Bezirken zur Verhandlung. Die meisten Stadtverordneten konnten sich jedoch mit der Tendenz dieser Vorlage nicht recht befreunden, und es wurde deshalb eine Beschlusfassung über dieselbe bis auf Weiteres vertagt. — Am 7. d. Mts. feierte Herr Propst Waczowski sein fünf- und zwanzigjähriges Priester-Jubiläum. Schon am frühen Morgen brachte ihm der Gesangsverein „Lutnia“ ein Ständchen dar. Im Laufe des Vormittags begab sich der polnische Handwerkerverein mit der Vereinsfahne im feierlichen Aufzuge vor die Wohnung des Jubilars und gratulirte ihm durch seinen Vorstand, worauf in der Kirche Gottesdienst abgehalten wurde, bei welchem der Jubilar die Messe celebrierte. Der hiesige Magistrat hat ihm gleichfalls ein Glückwunschschreiben gehen lassen.

Kogasen. 9. März. [Vom Landwehrverein.] In diesem Jahre fand im Saale von Rybicki's Hotel eine Generalversammlung des hiesigen Landwehrvereins statt, welche von 90–100 Mitgliedern besucht war. Nachdem die Vorstandswahl erfolgt war, hielt Herr Bürgermeister Weise eine Ansprache an die Versammlung, in welcher er ausführte, es schade ihm, als ob die Wahlen zweier Herren, des Herrn Wolff und des Herrn v. Rhein gegen ihn, der für den Verein stets mit aller Aufopferung gewirkt und gestrebt habe, gerichtet seien, da er nach den vorgekommenen Vorfällen die beiden Herren als seine prinzipiellen Gegner betrachte. Er erkläre seinen Austritt aus dem Vorstande. Zugleich bemerkte er, daß er von Herrn Hauptmann Weger autorisirt sei, der Versammlung mitzutheilen, daß auch dieser Herr sein Amt niederlege. Herr Bürgermeister Weise äußerte sich noch dahin, daß sich die dem Verein angehörigen Offiziere sämtlich für beleidigt erachteten, und nachdem er den Vorsitz Herrn Worm übergeben hatte, verließ er in Begleitung der Herren Offiziere den Saal. Herr Worm übernahm den Vorsitz, um unter hochgradiger Aufregung der Versammelten die Sitzung zu schließen. Demnächst wird eine Versammlung einberufen werden, um über die weiteren Maßnahmen zu beraten. — In der vorgestern abgehaltenen Generalversammlung des hiesigen Männerturnvereins wurde beschlossen, zu dem Denkmal, welches auf dem Grabe des Professors Schröder in Breslau errichtet wird, einen angemessenen Beitrag beizuführen. Am Osterdienstag findet in Breslau der Kreisturntag statt. Als Delegirte hierzu wurden in den einzelnen Vereinen des Posen-Schlesischen Gau's die Herren Stiller aus Posen und Dr. Schlieper von hier gewählt. Zu dem Ganturtag am 19. d. M. in Bissa delegirte der Verein Herrn Dr. Schlieper und Herrn Gymnasiallehrer Gabel hier.

Wollstein. 9. März. [Feuer. Attentat gegen einen Eisenbahnzug. Verschüttet.] Vor einigen Tagen brach in der Nacht in der bei Kottaridewo hiesigen Kreises gelegenen Ringofen-Regel der Firma Dettlinger und Wreschner Feuer aus. Alle Gebäude und Gebäudetheile, die nicht massiv waren, wurden eingestürzt. Die Entstehungsurache ist bis jetzt noch nicht bekannt. — Zwischen Wollstein und Tuchorze wurden vor einigen Tagen von ruchloser Hand in der Nähe des Kiehlener Ueberweges mehrere bis 12 Pfund schwere Steine in Entfernungen von 10 bis 15 Mtr. auf die Eisenbahnschienen gelegt. Die Steine wurden jedoch vom Lokomotivführer des Zuges noch rechtzeitig bemerkt, der Zug sofort zum Stehen gebracht und dadurch vielleicht namenlosem Unglücke vorgebeugt. Die Steine wurden vom Zugführer dem Stationsvorsteher in Dentschen zur weiteren Veranlassung übergeben. Hoffentlich gelingt es, des Thäters habhaft zu werden. — Vor einigen Tagen waren Arbeiter auf der Zelmars Tuchorze damit beschäftigt, einen großen Haufen Lehm auseinanderzufahren. Man hatte bereits eine bedeutende Vertiefung in den Haufen gemacht. Der Bogt und ein jugendlicher Arbeiter waren in der

Vertiefung damit beschäftigt mehr Lehm loszuheben. Hierbei rutschten die oberen Theile herab und verschütteten den Burichen, welcher zwar noch lebend, aber anscheinend schwer verletzt, hervorgezogen und in das hiesige Krankenhaus zum Samariter gebracht wurde, woselbst er verstarb. Der Bogt kam mit heiler Haut davon.

Santer. 9. März. [Abiturientenexamen in der Landwirthschaftsschule.] Nachdem vor etwa 14 Tagen die schriftlichen Prüfungsarbeiten angefertigt worden waren, fand vorgelesen und gestern unter Vorsitz des Regierungs- und Schulraths Stadtv. und in Gegenwart des Oekonomieraths Professor Dr. Peters aus Posen die mündliche Prüfung der Abiturienten in der hiesigen Landwirthschaftsschule statt. Von den 13 Böglingen der 1. Klasse, welche sich dieser Prüfung unterzogen hatten, erlangten 12 das Zeugniß der Reife und damit zugleich die Berechtigung zum einjährigfreiwilligen Militärdienst. Im Anschluß an die Abiturientenprüfung wurde heute die öffentliche Prüfung in den übrigen 5 Klassen der Schule abgehalten. Nach der Prüfung fand wie gewöhnlich eine Sitzung des Kuratoriums der Landwirthschaftsschule statt, zu welcher auch der Oberregierungsath von Namer aus Posen als Vorsitzender erschienen war. Letzterer benützte die Gelegenheit, die hiesigen öffentlichen Schulschulaltitäten einer eingehenden Besichtigung zu unterziehen.

ch. Ratwitsch. 9. März. [Flugblatt. Vom Voranschlag.] In den letzten Tagen ist hier von sozialdemokratischer Seite ein Flugblatt, die von dem Reichstags-Abgeordneten Bebel in der Sitzung des Reichstages vom 3. Februar cr. über den Zukunftsstaat der Sozialdemokratie gehaltene Rede enthaltend, verbreitet worden. Es werden hier überhaupt alle Anstrengungen gemacht, um für die Partei „Genossen“ zu gewinnen. Fast regelmäßig alle 14 Tage finden Versammlungen statt, in denen einheimische oder auswärtige Agitatoren Reden halten, es sind jedoch beinahe immer ein und dieselben Personen, die an den Versammlungen theilnehmen. — Nach der General-Bilanz für 1892 betragen die Aktiva und Passiva des hiesigen Voranschlags-Vereins (eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftung) 203 907,97 Mark; das Gewinn- und Verlust-Konto balancirt in Debet und Kredit mit 10 709,84 Mark. Der Reingewinn pro 1892 beträgt 5312,94 Mark. An Dividenden werden 7 Prozent unter die Mitglieder vertheilt. Am Schluß des Jahres 1891 zählte der Verein 292 Mitglieder, eingetreten sind im Laufe des Jahres 1892 38, gestorben, ausgeschieden oder ausgeschlossen sind 35 Mitglieder, so daß am Schluß des Geschäftsjahres 295 Mitglieder verblieben. — Der Hauptlehrer Giese von hier ist von der königl. Regierung zu Posen berufen worden, an einem Kursus an der Provinzialständischen Gärtner- u. Lehr-Anstalt in Koschmin theilzunehmen.

V. Braustadt. 9. März. [Zur Sonntagsruhe im Handelsgewerbe.] Der Ober-Präsident der Provinz Posen hat für die hiesige Stadt an dem ersten Sonntage der Monate April, Juli und Oktober eine Vermehrung der Beschäftigungsstunden in allen Zweigen des Handelsgewerbes um je vier Stunden gestattet, so daß an den genannten Sonntagen die Beschäftigungszeit sich bis 6 Uhr Abends erstreckt. Dafür kommt aber für die hiesige Ortspolizeibehörde die Befugniß in Wegfall, gemäß Nr. II der Bekanntmachung vom 12. Aug. 1892 außerdem noch an drei Sonn- und Festtagen des Jahres, und zwar je nach dem örtlichen Bedürfnis am dritten und vierten Sonntage vor Weihnachten, an Sonn- und Festtagen, welche größeren Jahrmärkten unmittelbar vorangehen, oder an einzelnen Sonntagen, die mit Arbeitstagen zusammenfallen, die Beschäftigungszeit im Handelsgewerbe um vier Stunden zuzulassen. In der Nachbarschaft Schlichtingsheim ist an dem ersten Sonntage vor dem im Monat Mai stattfindenden Jahrmärkte am dem 3. und 4. Sonntage vor Weihnachten die Beschäftigungszeit im Handelsgewerbe auf die Stunden von 3 bis 6 Uhr Nachmittags verlängert worden.

Weine. 9. März. [Diphtheritis.] In dem benachbarten Brenno forder die Diphtheritis jetzt wieder zahlreiche Opfer und gewinnt immer mehr an Ausdehnung, so daß die Befürchtung, sie möge, wie vor vier Jahren, die volkreiche Ortschaft wieder erheblich dezimiren, leider nicht ausgeschlossen erscheint. (Fraust. Volksbl.)

Snowrazlaw. 9. März. [Betrug.] Das ungefähr 1000 Morgen große, im Pleichener Kreise gelegene Rittergut Stryszew wurde Anfang d. J. verkauft und dem „Kuj. Boten“ zufolge seltsamer Weise von dem Käufer nur eine Anzahlung von 600 Mark verlangt. Die Uebergabe war auf Grund dessen perfekt, und nun erfolgte seitens des neuen Besitzers der heimliche Verkauf sämtlichen auf dem Gute befindlichen Inventars. Als der frühere, im angrenzenden Kreise ansässige Besitzer hiervon Kunde erhielt und er, um diese gefahrbringende Handlung zu hindern, eingreifen wollte, war der neue Besitzer sammt dem Erlös für das Inventarium verschwunden. Vermuthlich gelingt es, des Betrügers habhaft zu werden.

Schneidemühl. 9. März. [Selbstmordversuch.] Der Gepädträger Heinrich B., Brauerstraße 42 wohnhaft, versuchte gestern Nachmittag in seinen Diensträumen auf dem hiesigen Bahnhofe sich das Leben zu nehmen. Mit einer Papierschere brachte er sich zwei schwere Brustverletzungen bei. Der Zustand des bedauernswürdigen Mannes, der sich entschlossen, freiwillig, durch eigene Hand aus dem Leben zu scheiden, ist ein derartiger, daß seine sofortige Ueberführung nach dem städtischen Krankenhaus von dem behandelnden Arzte für nöthig erachtet wurde. Es soll indeß Hoffnung vorhanden sein, den Schwerverletzten dem Leben zu erhalten.

Aus den Nachbargebieten der Provinz.

Breslau. 8. März. [Der Provinzial-Landtag für Schlesien.] In seiner vierten Sitzung zur Erhaltung der Denkmäler der Provinz Schlesien vom 1. April 1893 ab vorläufig jährlich 3000 Mark zur Verfügung zu stellen, mit der Maßgabe, daß die bewilligten Mittel bis zum Betrage von 500 M. in jedem Einzelfalle verwendet werden können. — Sodann nimmt der Landtag von dem Verwaltungsbereiche der landwirthschaftlichen Versuchsanstalt für die Jahre 1890 und 1891 Kenntniß. Im weiteren wird der Etat des Fonds zur Förderung der Rindviehzucht für 1893/94 in Einnahme und Ausgabe auf 9162 Mark festgelegt. — Abg. Freund-Breslau berichtet darauf über die Vorlage des Provinzial-Ausschusses, betreffend die nachträgliche Genehmigung des zwischen dem Kuratorium des Provinzial-Museums und den Erbinteressenten vereinbarten Abkommens über das dem Museum seitens des verstorbenen Stadtrichters a. D. Friedländer zugefallene Legat. — Der Provinzial-Landtag spricht die nachträgliche Genehmigung zur Annahme der Erbschaft aus. — Hieran schließt sich die Beratung über einige Vorlagen, betr. die Bewilligung von Hilfsgeldern zur Förderung des Kleinbahn-Baues durch den Provinzialverband von Schlesien. — Zunächst referirt Abg. Graf Fint v. Finkenstein = Habelschwerdt über einen vom Provinzial-Ausschusse vorgelegten Entwurf zu einem Reglement, betr. Bewilligung von Hilfsgeldern zum Bau von Kleinbahnen in der Provinz Schlesien. Die IV. Kommission beantragt, diesen Entwurf zu genehmigen und dem § 5a einen Zusatz in folgender Fassung anzufügen: „Geht im Falle des § 30 des Gesetzes vom 28. Juli 1892 das Unternehmen in den Besitz des Staates über, so sind die ge-

währten Zuschüsse, soweit dieselben noch nicht zurückgezahlt sind, vorher der Provinz zu erstatten.“ — Im Weiteren erörtert der Referent die von den Provinzial-Ausschüssen = Mittelern Graf Frankenberg und Geh. Kommerzienrath Dr. Weßky gestellten Anträge. Der Antrag des Ersteren lautet: „Es soll unter Theilnahme des Provinzial-Verbandes eine Aktien-Gesellschaft ins Leben gerufen werden, welche Bau und Betrieb des Kleinbahn-Netzes für die Provinz Schlesien in die Hand nimmt. Von den auszugebenden Aktien soll die Provinz 1/3 selbst zeichnen und für ein weiteres, von dem Privatkapital aufzunehmendes Drittel der Aktien eine zeitlich begrenzte Zinsgarantie übernehmen.“ — Abg. Dr. Weßky beantragt: „Es soll ein Provinzial-Institut zur Unterstützung der Kleinbahnen in der Provinz Schlesien gegründet werden, in der Art, daß, sofern die Kleinbahnen als Aktiengesellschaften ins Leben treten, Prioritäts-Stammaktien bis zur Höhe der Hälfte des Anlagekapitals zu übernehmen sind und daß bei anderweitiger rechtlicher Organisation der Kleinbahnen Darlehen gegen Sicherheit bis zur Hälfte des Anlagekapitals gewährt werden. Auf Grund dieses Aktien-, Hypotheken- oder Schuldcheinschusses sollen demnächst 3 1/2-prozentige amortisierbare Provinzial-Anleihebeische ausgegeben werden.“ — Abg. Nitschke-Brieg beantragt, den Provinzial-Ausschuß zu ermächtigen, sofern die in dem Wegebaufonds eingestellten 50 000 Mark in den Etatsjahren 1893/94 und 1894/95 sich als unzureichend zur Gewährung von Hilfsgeldern für den Kleinbahnbau erweisen sollte, zu diesem Zwecke ein Darlehen von 300 000 Mark aufzunehmen, dessen Verzinsung und Tilgung aus dem oben bezeichneten Kapital des Wegebaufonds erfolgt. — Abg. Goldfuß stellt den Antrag, den Provinzial-Ausschuß zu ermächtigen, ein Darlehen von 1 100 000 Mark aufzunehmen und mit den aus dem Wegebaufonds zu bewilligenden 50 000 Mark zu verzinsen und zu tilgen. Derselbe wird nunmehr genügend unterstützt. — Bei der Abstimmung wurde nach dem Antrage der Kommission die Anträge Frankenberg und Weßky, ebenso der Antrag Goldfuß mit großer Majorität abgelehnt, der Antrag Nitschke dagegen angenommen. Antrag II der Kommission, den Ausschuß zur eventuellen Stellung weiterer Anträge zu ermächtigen, findet dadurch seine Erledigung. — Ueber die Vorlage des Provinzial-Ausschusses, betreffend den Anschluß der preussischen Ober-Lautz an die Provinzial-Hilfskasse, berichtet Abg. Ober-Bürgermeister Martin. Derselbe vertritt in längerer Rede den Antrag der III. Kommission, der dahin geht, zu beschließen: „Der vorgelegte Entwurf eines Nachtrages zu dem Statut der Provinzial-Hilfskasse für die Provinz Schlesien vom 21. Juni 1891 wird genehmigt.“ Das Haus nimmt den Kommissionsantrag an. — Bezüglich der Erweiterung des Privilegs der Provinzial-Hilfskasse für Schlesien zur Ausgabe von Provinzial-Hilfskassen-Obligationsen, und der Genehmigung eines revidirten Regulativs, betr. die Ausgabe verzinslicher Obligationsen durch die Provinzial-Hilfskasse für Schlesien beantragt die dritte Kommission zu beschließen: „Die vorgelegten Entwürfe 1) eines 6. Nachtrages zu dem Regulativ vom 8. Juni 1866, betr. die Emission verzinslicher Obligationsen durch die Provinzial-Hilfskasse für die Provinz Schlesien ausschließlich der Ober-Lautz, 2) eines revidirten Regulativs, betreffend die Ausgabe verzinslicher Obligationsen durch die Provinzial-Hilfskasse für die Provinz Schlesien, werden genehmigt. Der Provinzial-Ausschuß wird ermächtigt, die Allerhöchste Bestätigung zu dem Nachtrage zu 1 und dem revidirten Regulativ zu 2 einzuholen. Der Landtag nimmt diese Anträge an. — Der Kunstgewerbeverein in Breslau sucht die Gewährung einer Unterstützung zu Ausstellungszwecken nach. Die dritte Kommission beantragt hierzu durch ihren Berichterstatter Abgeordneten Geheimen Kommerzienrath Molinari aus Breslau, zu beschließen, „daß Gesuch des Kunstgewerbevereins wird dem Provinzial-Ausschuß zur Prüfung und eventuellen Berücksichtigung (bezüglich Bestreitung der Unkosten kunstgewerblicher Ausstellung und Beförderungen von Wettbewerben, nicht aber zum Zwecke des Ankaufs von kunstgewerblichen Gegenständen und Büchern für ein später zu errichtendes Kunstgewerbemuseum) überwiesen.“ Der Antrag wird angenommen.

Rybnik. 9. März. [Das tiefste Bohrloch in Oberschlesien.] In der Bergkette auf Baruschowitzer Terrain bei Rybnik. Dasselbe hat bis jetzt eine Tiefe von 1800 Metern, welche in 55 Wochen gebohrt worden sind. Es wird noch weiter gebohrt. Ein annähernd tiefes Bohrloch befindet sich in Schläderbach bei Merseburg, das eine Tiefe von 1700 Metern hat. Ein ferneres Bohrloch im Rybniker Kreise, welches eine Tiefe von 1300 Metern hat, ist bei Knurow hergestellt.

Steinau a. O. 9. März. [Blitzschlag.] Gestern zwischen 1 und 2 Uhr Nachmittags verfinsterte sich der Horizont und schließlich entlud sich das dunkle Gewölk in einem unheimlichen Regenschauer, während dessen auch zwei große Blitze beobachtet wurden. Der eine Blitztrahl ist in unmittelbarer Nähe der Stadt an dem Bligableiter eines Fabrikshornsteins niedergefahren, ohne besonderen Schaden anzurichten. (Bresl. Ztg.)

Aus dem Gerichtssaal.

Posen. 8. März. [Schwurgericht.] Am 4 M 50 Pf. in einem Prozesse zu erstreiten, hat der Einwohner Samuel Sonntag aus Schrimm, ein 78 Jahr alter Mann, einen Meineid geleistet; die Entscheidung der Frage, ob ein fahrlässiger oder willkürlicher Meineid vorliege, hat vier Gerichtshöfe beschäftigt. Auf gegen Sonntag erhobene Anklage wegen fahrlässigen Meineides verurtheilte den Angeklagten die Strafkammer des königlichen Amtsgerichts zu Schrimm am 21. September v. J. wegen dieses Vergehens zu einem Jahre Gefängniß. Sonntag hatte der übel beleumundeten unberechtigten Katharina Strzypczak nach und nach in kleineren Raten ein Darlehen von zusammen 10 Mark 50 Pfennig vorgestreckt. Als er sein Geld nicht zurückerhalten konnte, klagte er gegen die Eltern des Mädchens, die Bretschneider Stanislaus und Barbara Strzypczak'sche Eheleute auf Zahlung des Darlehens; er behauptete, dem beklagten Ehemann selber 4 Mark 50 Pfennig baar in die Hand gegeben zu haben. Strzypczak schob den ihm zugeflossenen Eid zurück und Angeklagter schwor am 3. Februar 1892: Es ist wahr, daß ich im Oktober 1891 dem beklagten Ehemann 4 Mark 50 Pf. in baarem Gelde als Darlehen gegeben habe. Dieser Eid steht mit den eidlischen Aussagen der Strzypczak'schen Eheleute und deren Töchter Katharina, Jolepha und Helena im Widerspruch. Wenn nun auch diese Personen schon förmlich vorbestraft sind und in einem sehr schlechten Rufe stehen, so haben ihre Angaben doch den Einwand der Glaubwürdigkeit gemacht; solche sind überdies noch durch die Zeugnisse mehrerer anderer Personen unterstützt worden, denen Angeklagter ausdrücklich erklärt hat, er habe der Katharina Strzypczak 10 Mark 50 Pf. gelorgt, ohne dabei des Stanislaus Strzypczak dabei zu erwähnen. Er hat aber auch einer Frau mitgetheilt, daß er der Katharina Strzypczak 10 Mark 50 Pf. gelorgt habe, und wenn er sie nicht zurückbekomme, werde er sich an deren Eltern halten; zum Fleischer Brucki äußerte er, er hoffe die der Katharina Strzypczak geliehenen 10 Mark zurückzuerhalten, sobald deren Mutter aus dem Bucht-hause zurückkehren werde. Selbst an den Propst zu Schrimm wandte sich der alte Mann, um zu seinem Gelde zu kommen und erklärte demselben, daß er der Katharina Strzypczak die Darlehne gegeben habe in der Meinung, daß das Geld für deren Eltern bestimmt sei. Daß Sonntag hiernach einen Meineid geleistet hat,

kann keinem Zweifel unterliegen. Die Strafkammer in Schrimm nahm an, daß zwar viele Umstände dafür sprechen, der Angeklagte habe wirklich falsch geschworen, es sei jedoch ein alter Mann, sein Gedächtnis sei schwach und es sei möglich, daß er sich bei Feststellung des Fides in dem Glauben befunden habe, die von ihm beschworene Thatsache entspreche der Wahrheit; um so vorsichtiger hätte er zu Werke gehen und alles thun müssen, um den wahren Sachverhalt in seinem Gedächtnisse wieder nach zu rufen. Sonntag wurde wegen fahrlässigen Meineides zu einem Jahre Gefängnis verurtheilt und legte gegen dieses Urtheil Revision ein. Das Reichsgericht hob die Entscheidung des Schrimmer Gerichts auf und verwies die Sache zur anderweiten Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht zu Posen. Letzteres nahm an, daß Angeklagter wirklich falsch geschworen habe, erklärte sich für unzuständig und verwies die Sache vor das Schwurgericht. Dieses hat denn heute auch den Angeklagten des wissentlichen Meineides für schuldig erklärt und der Gerichtshof hat den Angeklagten zu einem Jahre Gefängnis verurtheilt, da die Verhängung einer härteren Strafe als die von dem ersten Gerichte ausgesprochene im vorliegenden Falle gesetzlich unzulässig ist.

Vermischtes.

† Aus der Reichshauptstadt, 8. März. Im fortschrittlichen Verein „Walder“ zu Berlin hielt am Mittwoch Abend Herr Rechtsanwalt Dr. Grelling einen Vortrag über „Kunst und Polizei“, in welchem er in scharfer Weise die Zustände der Theater-Zensur in Preußen geißelte; besterbe die Zensur zu Recht, wie das Oberverwaltungsgericht leider angenommen habe — so sei es höchste Zeit, daß sie abgeschafft werde; die Frage sei sonach eine politische geworden, und es sei die Pflicht der freisinnigen Partei, der verfassungsmäßig gewährleisteten Freiheit der Gedankenäußerung auch auf der Bühne zu ihrem Rechte zu verhelfen. Die sehr zahlreiche Versammlung folgte dem Vortrag mit lebhaftem Beifall und nahm einstimmig folgende Resolution an: „Der fortschrittliche Verein „Walder“ erklärt, daß die in Preußen geübte Theaterzensur der verfassungsmäßig gewährleisteten Freiheit der Gedankenäußerung widerspricht, daß dieselben Gründe, aus welchen die Zensur seiner Zeit abgeschafft worden ist, auch die Beseitigung der Theaterzensur erheischen, und daß daher ein Vorgehen der freisinnigen Partei nach dieser Richtung dringend erwünscht ist.“

Die in letzter Zeit vielfach erhobene, zuletzt sogar durch einen ministeriellen Erlass als berechtigt anerkannte Beschuldigung, daß die geschäftlichen Gepflogenheiten der Theateragenten nicht immer den strengen Anforderungen der Rechtlichkeit entsprächen, beginnt erfreulicher Weise diese Unternehmer selbst, sowie die Werth auf Ruf und reelle Geschäftsbahung legen, zu Reformen zu veranlassen. Die Ernst Stieber'sche Agentur in Berlin erklärt sich in einem Rundschreiben zu bemerkenswerthen Aenderungen der bisherigen Manieren bereit; als wichtigsten Punkt heben wir hervor, daß die genannte Agentur statt der 5 Proz. Provision vom Jahresertrommen der von ihr behandelten Künstler nur drei Proz. erheben will, und auch diese nicht mehr auf die ganze Dauer des Kontraktes, sondern höchstens auf 5 Jahre. Die Konkurrenz wird hoffentlich dafür sorgen, daß dies Beispiel Nachahmung findet. Es würde damit einer der ernstesten Beschwerdepunkte gegen die Theateragenturen, wenn nicht aus der Welt geschafft, so doch bedeutend gemildert werden.

† Ein fürchterlicher Sturm wüthete am 10. Februar Nachts in Bratoria (Transvaal). Viele Häuser wurden völlig zerstört und vielen Bewohnern gelang es nur mit großer Schwierigkeit, zu flüchten. Die Flüsse stiegen mit großer Schnelligkeit sehr hoch und verursachten meilenweit eine Ueberschwemmung. In Krofoble drift stieg das Wasser 20 Fuß hoch über die Brücke, die fortgerissen wurde. 40 Burenbäuer und ein in der Nähe befindliches Hotel wurden ebenfalls weggeschwemmt. Die Insassen des Hotels retteten sich, das Gesicht der Bewohner der 40 Häuser ist jedoch unbekannt. Die Artadiabridge, welche die Vorstädte von Bratoria mit der Stadt verbindet, konnte nicht beschritten werden und die in den Vorstädten Wohnenden konnten ihre Häuser nicht erreichen. Einige Kaffern, die an den Ufern des Artadiastromes wohnten, ertranken. Eine europäische Familie und eine eingeborene Frau mit ihrem Kinde wurden von den Fluthen weggeschwemmt und fanden darin ihren Tod. Oasen, große Bäume und Wagen wurden weggeschwemmt und die Vegetation wurde meilenweit vernichtet. Das erst jüngst errichtete Gerichtsgebäude war dem Einsturz nahe und die Richter mußten es verlassen. Mit derselben Heftigkeit wüthete der Sturm in Johannesburg. In allen Theilen der Stadt wie auch in den Vorstädten wurde großes Unheil angerichtet. Eine Anzahl von Häusern stürzte ein und viele Menschen wurden mehr oder weniger beschädigt. Die Häuser der ärmeren Klassen sind Ruinen und die Einwohner sind jetzt obdachlos. Auch die neue Eisenbahn erlitt großen Schaden und der Eisenbahndienst ist unterbrochen. Der Baalflus stieg acht Fuß über die Eisenbahnbrücke, und da einige Eindämmungen an der Nordseite des Flusses weggeschwemmt wurden, so hegt man große Furcht um die Sicherheit der Brücke. Die Mienen litten ebenfalls sehr viel. Dämme barsten in allen Richtungen. Mienen wurden überflutet und viele mußten geschlossen werden. Klerksdorp und Barberton litten ebenfalls ernstlichen Schaden. Vom ersten Blage werden Verluste von Menschenleben, sowie von Oasen und Schafen gemeldet. Es ist bis jetzt noch unbekannt, wie groß der angerichtete Schaden war, der Gesamtverlust wird jedoch auf mehr als 100 000 Ltr. geschätzt.

† Viel Lärm um Nichts. Wir brachten unlängst eine Meldung über einen an sich unbedeutenden Vorfall, welcher sich in La Guayra zwischen dem Kapitän des französischen Postdampfers „Canada“, Servan, und dem Kapitän des Hamburg-Amerikanischen Postdampfers „Allemania“, Pletsch, abwickelte. Unseren Lesern wird noch in der Erinnerung sein, daß der französische Kapitän seine angeblich schwer beleidigte Ehre, trotz der ruhigen Erklärung des Kapitän Pletsch, nicht anders als durch ein Duell glaubte wiederherstellen zu können und deshalb erklärte, auf seinen deutschen Gegner in Havre warten zu wollen. Die „Allemania“ ist seitdem in Havre angekommen und hat Kapitän Servan denn auch nicht gezögert, dem Kapitän Pletsch seine Bezeugen zu schicken. Das Journal „Le Havre“ bringt über die Sache folgendes:

„Der deutsche Kapitän hat am Sonnabend Morgen die Bezeugen des Kommandanten Servan empfangen; es waren dies die Herren Gondeau, Chef-Ingenieur des Forges & Chantiers de la Méditerranée und Herr Duminy, Chef-Ingenieur der Comp. des Chargeurs réunis. Nachstehend der Brief, welchen der Kapitän der „Allemania“ in Folge des Besuchs der beiden genannten Herren an den Kapitän Servan gerichtet hat: „Herr Kapitän. Ich habe die Ehre, mich zu dem Empfang der Kopie Ihres Briefes, datirt Puerto-Cabello, 26. Januar 1893, zu bekennen und konstatire zugleich den Besuch Ihrer beiden Bezeugen. Was die zwischen uns schwebende persönliche Angelegenheit anbetrifft, so erkläre ich Ihnen auf mein Ehrenwort: 1) Daß ich mich des in Ihrem Schreiben zitierten Ausdrucks nicht bedient habe; ich habe nicht von der Intelligenz der Franzosen, sondern von französischer Höflichkeit gesprochen. 2) Ich habe mich auch nicht des Ausdrucks „Cochons de Français“ bedient. Wenn diese Erklärung Ihnen nicht genügt, bin ich bereit, mich mit zwei Zeugen zu Ihrer Verfügung zu stellen, nachdem ich meine Angelegenheiten in Hamburg geordnet habe, was nach dem 18. dieses Monats der Fall sein wird, und zwar an einem Ort,

welcher durch die gegenseitigen Zeugen festzustellen ist. Genehmigen Sie u. i. w.

Pletsch.“

Gestern Abend hat dann der Kommandant Servan dem Kapitän der „Allemania“ folgende Antwort zugestellt: „Mein Herr! In meinem Bericht über den Vorfall in La Guayra habe ich unter Eid erklärt: 1) daß drei Personen Ihre schwere Beleidigung „Schweine-Franzosen“ deutlich gehört haben; 2) daß fünf Personen die Uebersetzung der ersten Beleidigung, welche mich zwang, Sie fortzusetzen, gehört haben; 3) daß Sie es selbst gewesen sind, der den Herrn Fods als Uebersetzer gewählt hat, welcher versichert hat, daß er Ihre Ausdrücke wörtlich überseht habe; 4) füge ich hinzu, daß nach Ihrem Verlassen der „Canada“ Herr Fods mit erhöhter Stimme allen Passagieren der ersten Klasse gegenüber erklärt hat, daß er aus Vorsicht und um keinen Standal zu provozieren, nicht alle die Beleidigungen wiedergegeben habe, welche Sie auf dem Halbedel der „Canada“ gegen mich und die Franzosen ausgesprochen hätten. So sind die Thatsachen, an denen ich festhalten werde. In Ihrem Schreiben vom 4. dieses begnügen Sie sich damit, auf Ehrenwort zu versichern, daß Sie nichts Beleidigendes gesagt hätten, während doch Ihre herausfordernde Haltung Ihre Absichten klar lege. Ich erachte, daß in Ihrem Vaterlande, wo die Tapferkeit an der Tagesordnung ist, es kein Ehrengericht geben wird, welches Ihre Erklärungen acceptiren würde und ich habe die feste Hoffnung, daß dies auch in meinem Vaterlande so sein wird. Es bleibt somit für diese Angelegenheit, welche eine vollständig personelle ist, nur eine Ehrengleichung übrig. Ich erwarte Ihre weiteren Propositionen, welche unter Rencontre bis nach dem 18. März vertragen, in Havre. Ich halte an meinen Forderungen fest, welche Ihnen die Wahl der Waffen aufgeben. Ich erlaube Sie, zu veranlassen, daß Ihre Zeugen sich mit den meinigen in Verbindung setzen, um die Details festzustellen. Wenn Sie Paris vor Havre den Vorzug geben, können Sie versichert sein, daß Sie auf französischem Boden dieselbe Höflichkeit und Sicherheit finden werden, wie irgendwo sonst. Empfangen Sie u. i. w.

Servan.

Kapitän auf großer Fahrt.“

So die Mittheilungen des „Le Havre“; die weitere Entwicklung dieser sonderbaren Angelegenheit bleibt abzuwarten.

† Ausstellung der Sezessionisten. Aus München, 6. März, wird berichtet: Daß der Verein bildender Künstler (Sezessionisten), nachdem er die Vetheiligung im Glaspalast abgelehnt hatte, nun doch hier zu einer Ausstellung kommt, ist die Folge einer in den letzten Tagen ganz unerwartet hervorgetretenen Idee. Hier wird unter dem Interesse des Prinzregenten ein neuer Strazenzug (Prinzregentenstraße) geschaffen, der vom Hofgarten aus am Englischen Garten vorbei nach den Gasteiganlagen führt, mit der Zeit die Hauptader eines vornehmen Villenviertels werden und u. A. auch das neue Nationalmuseum aufnehmen soll. Baurath v. Brandl, der Erbauer der Königschlösser, besitzt einen Theil der Baupläne und hat den Sezessionisten angeboten, daß er ihnen einen provisorischen Bau für ihre Ausstellungszwecke errichten will, so daß Mitte oder Ende Juli die Ausstellung eröffnet werden könnte. Die Verhandlungen sind noch nicht endgiltig abgeschlossen, werden es aber in diesen Tagen werden. Herr v. Brandl will dann neben dem Provisorium einen festen Bau aufführen, der im Sommer zu Ausstellungs-, im Winter zu anderen Zwecken zu dienen hätte. Der provisorische Bau dürfte den Sezessionisten nicht hoch zu stehen kommen, da sie kaum mehr als die Zinsvergütungen zu tragen haben. Der Prinzregent ist sehr erfreut, daß die Sezessionisten ihren Schwerpunkt hier behalten, und diesen selbst ist wohl auch ein Stein vom Herzen, daß sie nun aus dem Hangen und Bangen, das sicherlich nicht schaffensfreudiger machte, befreit sind. Es ist freilich keine Kleinigkeit, zwei Ausstellungen, in Berlin und in München, zu organisiren, aber die große Anforderung wird auch anspornen wirken. Für München und die Münchener Kunst kann die Thatsache der zweifachen Ausstellung — im Glaspalast und an der Prinzregentenstraße — nur vorthelhaft sein. Beide Ausstellungen sind international und in beiden Lagern wird man sich bestreben, das Möglichste zu leisten.

† Eine merkwürdige und interessante Kunstausstellung wird laut „N. A. Z.“ in Paris geplant: eine Ausstellung von Fälschungen auf allen Gebieten des antiquarischen Kunsthandels. Die gewerbmäßigen Fälscher von Antiquitäten, die großen und kleinen Händler, die der Echtheit ihrer „alten“ Kunstgegenstände durch Aufpflanzung alter Theile auf neue Stücke, durch Uebermalen, Lackiren, Beizen u. a. aufhelfen, sollen von einem Komitee von Liebhabern und Sammlern aufgefordert werden, diese „Simult-Ausstellung“ möglichst reich und möglichst unecht zu beschicken. Daß es unter diesen Leuten eine ganze Reihe sehr geschickter Künstler giebt, ist allgemein bekannt, ebenso daß sie, je nach der augenblicklich herrschenden Sammelmode, vielfach in allen Sätteln gerecht sein müssen, wenn sie Erfolg haben wollen. Auch Spezialisten giebt es darunter, die nur ein Jahrhundert, eine Periode beherrschen und die einen nur Möbel, andere nur Silber, andere nur Porzellanmarken u. i. w. fälschen. Kurz, auch hierin herrscht das allgemein gültige Gesetz der Arbeitstheilung, wie das ja auch von andern — Künstlern auf dem Gebiete des Einbruchs und der höheren Gaunerei bekannt ist. Die „retrospektive Simult-Ausstellung“ — dies ihr offizieller Titel — wird gewiß viel Ueberraschendes bieten; daß sich auch Käufer der ausgestellten Gegenstände finden werden, ist um so sicherer zu erwarten, als außer vielen Kuriositätenliebhabern sich ja auch manche Händler geschäftliche Freuden von den ganz oder theilweise unechten Kunstwerken versprechen dürfen.

† M. Carnots Nachfolger. Das unter Präventiv Zensur erscheinende russische Blatt „Odesski Vistok“ erklärt, wie wir der Frankf. Btg. entnehmen, die Idee, daß die Frage wegen Wahl des Herrn Jules Favre an Stelle des Herrn Carnot entschieden sei und wofür dem letzteren einen geschuldeten Nachruf, wobei es zur Belehrung seiner Leser es nicht unterläßt, den Stammbaum des Herrn Carnot zu exponiren. Der Nachfolger desselben, Herr Jules Favre, sei kein Neuling mehr in der Politik; der Profession nach Advokat, sei er ein heftiger Gegner Napoleons III. gewesen. Nach Sedan habe er mit Thiers zusammen die Friedensunterhandlungen geleitet. In letzterer Zeit habe er in der Politik keine Art aktiver Rolle mehr gespielt. Jules Favre sei nunmehr 84 Jahre alt. — Zu diesen hochliegenden politischen Erwägungen bemerkt der „Pettersburger Herald“: „Wir unterseits stimmen mit dem Odesski Vistok insofern überein, daß wir zugeben müssen, daß Jules Favre in der That in den letzten Jahren keinen aktiven Einfluß auf die Politik Frankreichs ausgeübt hat, weil er seit mehr als zehn Jahren todt ist.“ In der That eine Argumentation, gegen die dieser glänzend unterrichtete „Odesski Vistok“ schwer etwas einwenden dürfte.

† Aus der Grande-Chartreuse, dem bekannten Kloster bei Grenoble, kommt die Nachricht, daß der Pförtner des Klosters, Bruder Anselm, gestorben ist. Bruder Anselm war in der Welt Herr von Brécourt, der in der Pariser Gesellschaft Jahre lang eine glänzende und viel beneidete Rolle gespielt hat. Er war verheirathet und hatte ein reizendes Töchterchen. Eines Tages kam er von der Jagd und schoß im Garten sein Gewehr nach einer Hede ab — er erschöpfte sein Kind, das hinter der Hede spielte. Aus Verzweiflung ging er ins Kloster, wo er viele Jahre lang eifrig den bescheidensten Dienstleistungen sich widmete.

Landwirtschaftliches.

— Ueber den Stand der Saaten berichtet der „Reichsanzeiger“: Im Regierungsbezirk Stettin hat die im November herrschende milde und feuchte Witterung die Saaten meist gut entwickelt; während der strengen Kälte waren sie durch Schnee hinlänglich geschützt. Hin und wieder wird über Mäusefraß geklagt. — Aus dem Regierungsbezirk Oppeln wird geschrieben: Ob die Saaten, welche sich kräftig entwickelt hatten, durch die starken Fröste gelitten haben werden, läßt sich z. B. zwar noch nicht übersehen, doch sieht zu hoffen, daß sie durch die dicke Schneedecke, welche sich, abgesehen von einzelnen Höhenlagen, überall auf den Feldern befand, geschützt worden sind.

Briefkasten.

B. Für die Rechtsanwaltschaft besteht eine Gebührenordnung, nach welcher sie sich genau zu richten haben und die zu überschreiten strafbar ist. Es ist also nicht anzunehmen, daß der betreffende Anwalt mehr verlangt hat als ihm zusteht, jedenfalls können Sie sich ja aber selbst leicht mit ihm ins Einvernehmen setzen, um Klarheit zu erhalten.

Marktberichte.

** Breslau, 10. März, 9½ Uhr Vorm. (Privatbericht.) Landzufuhr und Angebot aus zweiter Hand war ausreichend, die Stimmung ruhig und Preise behauptet.

Weizen ruhig per 100 Kilogramm weißer 13,60 bis 14,30—14,80 Mk., gelber 13,00—13,80—14,70 Mk., feinsten über Notiz. — Roggen ruhig, bezahlt wurde per 100 Kilogramm netto 11,70—12,70 bis 12,90 Mk. — Gerste feine Qualität ohne Venderung per 100 Rgr. 11,80 bis 12,50—13,60 bis 15,00 Mark. — Hafer härter zugeführt per 100 Kilogramm 12,40 bis 13,00—13,50 Mark. — Mais ohne Umlag, per 100 Kilogramm 11,75—12,25 Mk. — Erbsen nur in feinsten Qualitäten unverändert, Kocherbsen p. 100 Kilogr. 13,00—14,00—15,00 Mark. Viktoria 16,00 bis 17,00 bis 18,50 Mark. Futtererbsen 12,25 bis 12,50 Mark. — Bohnen ohne Frage, p. 100 Kilogramm 13,50—14,50 Mark. — Lupinen ruhig, per 100 Kilogr. gelbe 12,00—13,00—13,50 Mk., blaue 10,00—11,00 Mk. — Bienen wenig zugeführt, per 100 Rgr. 12,00—13,00 Mk. — Seselsaaten ruhig. — Schlagseln seine Sorten. — Winterraps gefragt, per 100 Kilogr. 22,00—22,70 bis 23,70 Mk. — Winterrüben per 100 Kilogr. 21,00 bis 22,00—22,90 Mk. — Leinöthel ohne Zufuhr. — Hanf samen per 100 Kilogramm 17,00 bis 18,00 bis 19,00 Mk. Rapskuchen fest, per 100 Kilogramm, schlechte 13,25—14,00 Mk., fremde 13,00 bis 13,50 Mk. — Leinöthel ruhig, per 100 Kilogramm schlechte 15,50—16,00 Mk., fremde 14,25 bis 14,90 Mk. — Palmkernkuchen ruhig, per 100 Rgr. 12,50—13,00 Mk. Kleesamen ruhig, rother unverändert, per 50 Kilogramm 52 bis 60 bis 64 Mark, weißer knapp, per 50 Kilogramm 40 bis 50 bis 60—70—81 Mk., hochfein über Notiz. — Schwedischer Kleesamen ruhig, per 50 Kilogramm 50—60—66 Mk., feinsten über Notiz. Tannen-Kleesamen ohne Frage, per 50 Rgr. 40—50—60—62 Mk. — Thymothel in besseren Qualitäten ruhig, per 50 Rgr. 17—20—24—28 Mk. — Reb ruhig, 100 Kilogr. inkl. Saft Brutto Weizenmehl 00 21,50—22,00 Mark. Roggenmehl 00 19,75—20,25 Mk., Roggen-Hausbuden 19,25—19,75 Mk. Roggenfuttermehl per 100 Kilogramm 9,20—9,60 Mark. — Weizenkleie knapp, per 100 Rilo 8,00—8,80 Mk. — Kartoffeln unverändert. Spelzartoffeln pro Rtr. 1,40—1,60 Mk. Brennartoffeln 1,00 bis 1,20 Mark.

Börsen-Telegramme.

Berlin, 10. März. Schluss-Kurze.				Notiz 9	
Weizen pr. April-Mai	152 50	152 50			
do. Juni-Juli	155 —	155 20			
Roggen pr. April-Mai	133 —	132 70			
do. Juni-Juli	135 —	135 50			
Spiritus, (Nach amtlichen Notirungen.)				Notiz 9	
do. 70er loco	35 10	35 —			
do. 70er April-Mai	33 90	34 10			
do. 70er Juni-Juli	34 80	35 —			
do. 70er Juli-Aug.	35 20	35 40			
do. 70er Aug.-Sept.	35 60	35 80			
do. 70er Sept.-Okt.	— —	— —			
do. 50er loco	54 90	54 80			
Notiz 9				Notiz 9	
D. 3½, Reichsb.-Anl.	87 50	87 50		Böln 5½, Böddr.	67 90
Konfolid. 4½, Anl.	107 50	107 50		do. Alaub.-Böddr.	66 —
do. 3½, Anl.	101 25	101 25		Ungr. 4½, Böddr.	97 40
Bol. 4½, Blandbrf.	102 50	102 50		do. 5½, Bapierz.	84 30
Bol. 3½, do.	98 —	97 80		Deutr. Kred.-Akt.	183 30
Bol. Rentenbriefe	103 10	103 20		Gombarden	49 60
Bol. Brön.-Oblig.	97 —	97 —		Disk.-Kommandit	189 10
Deherr. Bantnoten	168 70	168 80			
do. Silberrente	82 70	82 90			
Russ. Bantnoten	216 20	215 85			
R. 4½, Böddr. Böddr.	101 30	101 30			

Ötör. Südb. E. S. A.	78 —	76 60	Schwarztopf	247 20	247 —
Ratnz. Ludwigshf.	115 80	116 —	—	—	—
Marlenb. Wiam. Bro	69 70	68 10	Gelsenkfrk. Kohlen	153 50	152 —
Griechisch 4½, Goldr.	53 —	53 50	Snowraz. Steinsalz	45 75	45 —
Italienische Rente	93 20	92 90	Ultimo	—	—
Regitaneer A. 1890.	80 —	80 10	St. Mittelm. E. St. A.	102 40	101 70
Russ. 4½, Anl. 1880	98 30	98 30	Schweizer Rente	124 20	123 50
do. 4½, Orient. Anl.	69 10	68 80	Barfch. Wiener	198 —	196 —
Rum. 4½, Anl. 1880	84 90	84 90	Berl. Handelsgesell.	151 90	150 40
Serbische R. 1885	78 90	78 70	Deutsche Bank-Akt.	171 50	170 20
Türk. 1½, konf. Anl.	22 —	21 90	Königs- u. Lauraz	109 40	107 40
Diskonto-Komman.	18 70	186 70	Böcherwer Gussstahl	137 10	135 10
Bol. Sertfabr. B. A.	— —	— —			

Rachborie: Kredit 183 50, Diskonto-Kommandit 189 —
Russische Noten 216 50.

Stettin, 10. März. (Telegr. Agentur D. Helmann, Kosen.)

Weizen unveränd.				Spiritus fest			
do. April=Mat	150 50	151 —		per 70 R. Abg.	33 70	33 30	
do. Mai=Juni	152 —	152 50		" April=Mat	33 —	32 80	
Roggen unveränd.				Petroleum *)			
do. April=Mat	129 —	129 —		" Aug.=Sept.	34 80	34 70	
do. Mai=Juni	130 50	130 50		do. per loco	9 85	10 35	
Rüböl ruhig							
do. April=Mat	51 25	51 25					
do. Sept.=Okt.	51 25	51 25					

*) Petroleum loco verheuert Usance 1½, p. Ct.



Seidenstoffe

direkt aus der Fabrik von von Elten & Keussen, Crefeld,
also aus erster Hand in jedem Maß zu beziehen
Schwarze, farbige und weiße Seidenstoffe, Samme und Blüthe jeder Art zu
Fabrikpreisen. Man verlange Muster mit Angabe des Gewünschten.

Amtliche Anzeigen.

Bekanntmachung.

Im hiesigen Firmen-Register ist die unter Nr. 241 eingetragene Firma **S. Pawel** zu Wreschen heute gelöscht worden. 3255

Wreschen, den 7. März 1893.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Die in unserem Firmenregister unter Nr. 102 eingetragene Firma:

Marie Ehrenfried

in Wreschen

ist erloschen.

Wreschen, den 6. März 1893.

Königliches Amtsgericht.

Konkursverfahren.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns **Süssmann Lewek** (Firma **Süssmann Lewek**) in Santomischel ist zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen Termin auf

den 6. April 1893,

Vormittags 9 Uhr,

vor dem Königlichen Amtsgerichte hieselbst, Zimmer Nr. 8, anberaumt.

Wreschen, den 7. März 1893.

Kamiński,

Gerihts-Schreiber des königlichen

Amtsgerichts.

Bekanntmachung.

In unserem Firmen-Register ist folgendes eingetragen worden:

Spalte 1. Nr. 235.

Spalte 2. Kaufmann **Marcus**

Bry zu Frankfurt. 3257

Spalte 3. Ober- & Röhrendorf,

Kreis Frankfurt, mit einer

Zweigabteilung in Paw-

lowo, Kreis Wargowitz.

Spalte 4. **Marcus Bry**.

Spalte 5. Eingetragen zufolge

Verfügung vom 7. März 1893

am 8. desselben Monats.

Wargowitz, d. 7. März 1893.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Die nachstehend verzeichneten, in unserem Firmen-Register unter den angegebenen Nummern eingetragenen Firmen:

Nr. 7: **Germann Zielinski** in Bartschin,

" 12: **W. Cohn** in Va-

bischin,

" 13: **Wittwe David Zie-**

linski in Bartschin,

" 15: **Salomon Zach-**

mann in Bartschin,

" 16: **W. M. Krzysa-**

nowski in Zabitschin,

" 23: **Abraham Lewin** in

Zabitschin,

" 24: **Anna Zabinska** in

Bartschin,

" 31: **W. Kowalska** in

Bartschin,

sind zufolge Verfügung vom

heutigen Tage gelöscht worden.

Wreschen, d. 3. März 1893.

Königliches Amtsgericht.

Zwangsversteigerung.

Im Wege der Zwangsversteigerung soll das im Grund-

buche von Mlynkowo Band VI

Blatt 169 auf den Namen der

Julius und Marianne geb.

Witraszewski Streich'schen

Eheleute und die **Michael und**

Agnes geb. Grot Gosewitsch-

ischen Eheleute eingetragene zu

Mlynkowo, Kreis Obornik, be-

legene Grundstück

am 6. April 1893,

Vormittags 11 Uhr,

vor dem unterzeichneten Gericht auf diesem Grundstück in Mlyn-

kowo versteigert werden.

Das Grundstück ist mit 149,19 M.

Reinertrag und einer Fläche von

16,91,80 Hektar zur Grundsteuer,

mit 12 Mark Nutzungswert zur

Gebäudesteuer veranlagt. —

Auszug aus der Steuerrolle, be-

glaubigte Abschrift des Grund-

buchblatts, etwaige Abschätzun-

gen und andere das Grundstück

betreffende Nachweisungen, sowie

besondere Kaufbedingungen können

in der Gerichtsschreiberei III

Zur Herstellung von Pflaster-

ungen an Stelle zu befestigender

Chaussées sollen die Arbeiten

und Lieferungen vergeben werden

und zwar entweder im Ganzen

oder die Pflaster- und Bord-

steine für sich. Es handelt

sich um:

1. Die Bosen = Schwerin'er

Chaussee Nummer 36

bis 38 + 83 = 283 Meter,

veranschlagt ausschließlich

Titel Insgesamt auf rund

12 376 Mark, wozu zu liefern

373 ehm Kopfteine und

566 laufende Meter hohe

Bordsteine. 3270

2. Die Rogasen-Samter-Buf'er

Chaussee unmittelbar am

Bahnhofe Buf' = 514 Meter,

veranschlagt ausschließlich

Titel Insgesamt auf rund

19 129 Mark wozu zu liefern

411 ehm Kopfteine, 208 ehm

runde Pflastersteine und

1028 laufende Meter hohe

Bordsteine.

Anträge auf Uebermitteluna von

Kostenanschlag und Bedingungen

in Abschrift gegen Erstattung der

Selbstkosten erwarde ich bis zum

19. März, während Submissions-

termin auf Montag, den 10. April

anberaumt wird. Zuschlagsfrist

10 Tage.

Wreschen, den 9. März 1893.

Der Landes-Bauinspektor.

Schoenborn,

St. Adalbert 14 II.

Mit Genehmigung des Herrn

Königlichen Regierungs-Präsi-

denten zu Breslau sind die in

hiesiger Stadt im Jahre 1893

am Montag, den 10. April,

15. Mai, 17. Juli u. 2. Oktober

anstehenden Bismärkte auf

Wittwoch, den 5. April 1893,

" " 17. Mai

" " 19. Juli " u.

" " 4. Oktob. "

verlegt worden. Was hiermit

bekannt gemacht wird. 3267

Strehlen (Schlesien), den

7. März 1893.

Der Magistrat.

Korbweiden,

3259

Versteigerung.

Die in den Wartsbezirken des

Schulzbezirks Landsort vorhan-

denen einjährigen Korbweiden

werden am 21. März d. J.,

Vormittags 10 Uhr, im Sil-

berstein'schen Saale zu Molschin

zur Selbstverwertung versteigert.

Königl. Oberförsterei

Ludwigsberg.

Verkäufe * Verpachtungen

Hausgrundstücke

in bester Gegend der Stadt

Wreschen gelegen, meist zum preis-

würthen Ankaufe nach

1233

Gerson Jarecki,

Sapiezawski 8. Wreschen.

Ein flott gehendes

Materialwaaren-Geschäft

in einer industriereichen Stadt

Schlesiens (16 000 Einwohner) ist

Familienverhältnisse halber für

20 000 M. unter coulantem Be-

dingungen sofort zu verkaufen.

Offerten unter H. J. 31 befr-

det die Exped. d. Btg. 3280

Zur Destillateure.

Ein großes Geschäftshaus mit

Restaurant u. Auskuch, große

Kellereien zum Destillieren und

Bierdepot, Regelsbahn, gr. Garten,

sämtl. innerer Einrichtung und

mehreren anderen Geschäften, ist

Familien halber zu verk. Kauf-

preis nach Vereinbarung. An-

zahlung 12 000 M. Rest. Off. u.

A. K. 7 an die Exp. d. Btg. Btg.

Eine gut gehende Gastwirth-

schaft, verbunden mit Tanzsaal,

5 Fremdenzimmern, großem Hof

u. Ausspannung, 2 Morgen Garten,

sämtliche Gebäud- massiv u. im

besten Zustande, ist in einer in-

dustriereichen Provinzialstadt

Schlesiens (16 000 Einw.) wegen

Krankheit des Besitzers für

13 000 M. sofort zu verkaufen.

Anzahlung 4000 M. Offerten

erbitte in die Exp. d. Btg. unter

H. N. 35. 3314

Solide Badeeinrichtg. für 40 Mk.

Prosp. gratis. L. Weyl. Berlin 14.

Fabrik-Auflösung.

Meine Waaren-Vor-
räthe, bestehend in Lampen
aller Gattungen, wie
Küchengeräthe, habe ich
Wiederverkäufern zu
Verstellungsbreissen em-
pfohlen. Persönliche Be-
suche erwünscht, andernf.
stehe ich mit Offerten zur
Disposition. 3304

Adolf Döring,

Lampen- und Küch-

geräth-Fabrik,

Vieritz in Schlesien.

Auch in der Provinz Posen

ist die hiesige Fabrik

zur Herstellung von Pflaster-

ungen an Stelle zu befestigender

Chaussées sollen die Arbeiten

und Lieferungen vergeben werden

und zwar entweder im Ganzen

oder die Pflaster- und Bord-

steine für sich. Es handelt

sich um:

1. Die Bosen = Schwerin'er

Chaussee Nummer 36

bis 38 + 83 = 283 Meter,

veranschlagt ausschließlich

Titel Insgesamt auf rund

12 376 Mark, wozu zu liefern

373 ehm Kopfteine und

566 laufende Meter hohe

Bordsteine. 3270

2. Die Rogasen-Samter-Buf'er

Chaussee unmittelbar am

Bahnhofe Buf' = 514 Meter,

veranschlagt ausschließlich

Titel Insgesamt auf rund

19 129 Mark wozu zu liefern

411 ehm Kopfteine, 208 ehm

runde Pflastersteine und

1028 laufende Meter hohe

Bordsteine.

Anträge auf Uebermitteluna von

Kostenanschlag und Bedingungen

in Abschrift gegen Erstattung der

Selbstkosten erwarde ich bis zum

19. März, während Submissions-

termin auf Montag, den 10. April

anberaumt wird. Zuschlagsfrist

10 Tage.

Wreschen, den 9. März 1893.

Der Landes-Bauinspektor.

Schoenborn,

St. Adalbert 14 II.

Mit Genehmigung des Herrn

Königlichen Regierungs-Präsi-

denten zu Breslau sind die in

hiesiger Stadt im Jahre 1893

am Montag, den 10. April,

15. Mai, 17. Juli u. 2. Oktober

anstehenden Bismärkte auf

Wittwoch, den 5. April 1893,

" " 17. Mai

" " 19. Juli " u.

" " 4. Oktob. "

verlegt worden. Was hiermit

bekannt gemacht wird. 3267

Strehlen (Schlesien), den

7. März 1893.

Der Magistrat.

Korbweiden,

3259

Versteigerung.

Die in den Wartsbezirken des

Schulzbezirks Landsort vorhan-

denen einjährigen Korbweiden

werden am 21. März d. J.,

Vormittags 10 Uhr, im Sil-

berstein'schen Saale zu Molschin

zur Selbstverwertung versteigert.

Königl. Oberförsterei

Ludwigsberg.

Verkäufe * Verpachtungen

Hausgrundstücke

in bester Gegend der Stadt

Wreschen gelegen, meist zum preis-

würthen Ankaufe nach

1233

Gerson Jarecki,

Sapiezawski 8. Wreschen.

Ein flott gehendes

Materialwaaren-Geschäft

in einer industriereichen Stadt

Schlesiens (16 000 Einwohner) ist

Familienverhältnisse halber für

20 000 M. unter coulantem Be-

dingungen sofort zu verkaufen.

Offerten unter H. J. 31 befr-

det die Exped. d. Btg. 3280

Zur Destillateure.

Ein großes Geschäftshaus mit

Restaurant u. Auskuch, große

Kellereien zum Destillieren und

Bierdepot, Regelsbahn, gr. Garten,

sämtl. innerer Einrichtung und

</